

**Gute Bildung
braucht Ressourcen**



**100
Milliarden
für Bildung,
Wohnungen
und Soziales**

DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

November
2024

Gute Bildung braucht Ressourcen

- 3 **Ein Plädoyer für Mehrsprachigkeit in der Kita Teil 2**
von Ulrich Kneitz
- 5 **Von der Schwierigkeit des Loslassens**
Ein persönlicher Erfahrungsbericht über den »FREI DAY«
von Joscha Falck
- 7 **Ich habe mir so gewünscht, dass es mein Beruf wird!**
Interview mit einer Referendarin, die ihre Ausbildung abgebrochen hat
- 9 **Besser – zusammen – stärker:
Multiprofessionelle Teams an Schulen**
von Anja Bensinger-Stolze und Martina Schmerr
- 11 **Die Schule, ein unsicherer Ort**
von Stephan Dünwald
- 13 **Willkommenskultur: Wie Kanada die Startchancen für Kinder aus geflüchteten Familien steigert**
von Kati Ahl
- 15 **Was gibt's Neues zur Scheinselbstständigkeit**
von Erwin Denzler

Was es sonst noch gibt

- 16 **GEW-Gewerkschaftstag 2025**
Die Wahlkommission informiert
- 17 **Berichte**
- Mitgliederzuwachs: Gewinnspiel 1+1 = viele
- GEW Regensburg blickt besorgt auf die Lage an den Schulen
- Kultusministerin Stolz und ihre dialogische Bildungspolitik – auch mit der GEW?

Rubriken

- 18 **Veranstaltungen**
- 19 **Geburtstage und Jubiläen**
- 20 **Kontakte**

Telefonische Rechtsberatung für Mitglieder erfolgt nach Terminvereinbarung.

Dazu bitte eine E-Mail senden unter Angabe der eigenen telefonischen Erreichbarkeit und kurzer Schilderung der Angelegenheit – nötige Unterlagen im PDF-Format anfügen.

E-Mail: rechtsstelle@gew-bayern.de
Tel.: 089 544081-14



© Nicolaus Schmidt

Kinder sind Genies.

Kinder haben große Potenziale. In terre des hommes-Projekten lernen sie, diese zu entfalten. Unterstützen Sie sie dabei.

 terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not



www.tdh.de

Aktuelle Mitgliedsdaten melden

Deine Mitgliedsdaten (Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle ...) haben sich geändert? Dann kannst du diese online unter gew-bayern.de/anmeldung selbst aktualisieren. Dort findest du auch deine Beitragsbescheinigung für das Finanzamt. Du kannst deine Änderungsmitteilungen aber auch weiterhin postalisch an die Geschäftsstelle der GEW Bayern senden oder dich per E-Mail an die GEW-Mitgliederverwaltung wenden: mitgliederverwaltung@gew-bayern.de. Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Der Rechtsschutz wird nur gewährt, wenn der satzungsgemäße Beitrag entrichtet wurde.



Gute Bildung braucht Ressourcen.

In Bayern zeigt der Blick auf die finanziellen und personellen Ressourcen in Kitas und Schulen: überall Mangel, weshalb Warnungen vor der »Bildungskrise« und dem »Kollaps« nicht verhallen wollen. Fehlen diese grundlegenden Ressourcen, leiden alle Beteiligten: Pädagogisches Personal wird ausgebrannt, bis es krank oder arbeitsunfähig ist. Eltern werden finanziell und kräftemäßig immer mehr belastet, da sie die klaffenden Finanzierungslücken ausgleichen sollen. Doch die Hauptlast tragen die Kinder, Jugendlichen und (jungen) Erwachsenen, denn ihnen wird ein wichtiges Gut vorenthalten: die bestmögliche Bildung. Würden die finanziellen Mittel in Deutschland gerechter verteilt und die Prioritäten so gesetzt, dass die Menschen im Zentrum des politischen Handelns stehen, könnten alle davon profitieren und die in dieser DDS vorgestellten pädagogischen Praxisbeispiele und Konzepte wären längst pädagogischer Alltag. Der Wille zur Umsetzung fehlt nicht nur bei den politisch Verantwortlichen, er scheint auch beim Gang zu den Wahlen an Bedeutung zu verlieren.

Darüber hinaus ist uns ein weiteres Thema in dieser DDS wichtig: In Bayern werden immer mehr Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene abgeschoben – zumeist unter Stillschweigen der Pädagog*innen in den Bildungseinrichtungen (Seite 11). Damit diese wieder ein sicherer Ort werden, braucht es mehr Solidarität und Mut. Auch die GEW Bayern ist hier gefordert.

Abschließend noch ein Hinweis auf den Artikel »Was gibt's Neues zur Scheinselbstständigkeit?« auf Seite 15. Er richtet sich zwar insbesondere an Dozent*innen in der Erwachsenenbildung, da es für diese unter bestimmten Umständen die Möglichkeit gibt, sich Sozialversicherungsbeiträge erstatten zu lassen. Doch enthält er auch einen Hinweis, der auf unerträgliche Weise wieder den Bogen nach der Verteilung der Ressourcen schlägt: So plant die Bundesregierung für 2025 mehr als eine Halbierung der Gelder für Integrationskurse bei gleichzeitiger Erhöhung des Gesamtetats des Innenministeriums, bei dem auch die Integrationskurse angesiedelt sind, um 400 Millionen Euro. Mehr als die Hälfte des Etats wird in die Sicherheitsbehörden fließen.

von Dorothea Weniger

Ausblick auf die nächsten DDS-Ausgaben (Arbeitstitel): DDS 12/2024 Frieden; DDS 1-2/2025 Sport; DDS 3/2025 Geschlechterfragen.

Hinweis der DDS-Redaktion: Sicher macht ihr vor Ort immer wieder einmal Veranstaltungen und Aktionen. Bitte denkt daran, uns danach einen kurzen Bericht mit druckfähigem Foto zu mailen.

Impressum:

DDS • Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern
Geschäftsstelle: Neumarkter Str. 22, 81673 München, ☎ 089 5440810

E-Mail: info@gew-bayern.de • gew-bayern.de • [facebook.com/GEWBayern/](https://www.facebook.com/GEWBayern/)

Redaktionsleiterin: Dorothea Weniger (*dw*), Neumarkter Str. 22, 81673 München

E-Mail: dorothea.weniger@gew-bayern.de

Redaktionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Manuel Bühlmaier (*mb*), Verena Escherich (*ve*), Eva Huber (*eh*), Karin Just (*kj*), Petra Nalenz (*pn*), Gele Neubäcker (*gn*), Magdalena Siebert (*ms*), Isabelle Haque (*ih*), Magnus Treiber (*mt*), Chrissi Wagner (*cw*), Wolfram Witte (*ww*)

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis: (soweit nicht beim Foto berücksichtigt) Titel: Karin Just

Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München ☎ 089 5029994

Anzeigenannahme: nur über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München

☎ 089 5029994, E-Mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 14 vom 1.1.2017 gültig.

Mit Namen oder Namenskennzeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden Verfasser*innen dar und bedeuten nicht ohne Weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21 EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zuzüglich Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonats.

Die DDS und alle darin enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Die Vervielfältigung, der Nachdruck und die Nutzung der Inhalte ist nur mit schriftlicher Genehmigung der GEW Bayern erlaubt.

Ein Plädoyer für Mehrsprachigkeit in der Kita

Teil 2



Foto: GEW

In der letzten DDS-Ausgabe erschien unter gleicher Überschrift der erste Teil zur Mehrsprachigkeit in Kitas. Es ging um die wissenschaftlichen Erkenntnisse dazu und wie der Spracherwerb in der Kita praktisch umgesetzt werden kann. Hier folgt nun der abschließende zweite Teil.

Die räumliche Segregation des Wohnumfeldes der Migrant*innenfamilien in benachteiligte Stadtteile, die eine Konzentration von sozialen Problemlagen mit sich bringt, verleitet hinsichtlich der Mehrsprachigkeit der Kinder zu Fehlschlüssen bei Eltern und beim Personal in den Kitas. Doch nicht die Kinder nicht deutscher Muttersprache sind das Problem, sondern die Summe der multiplen Faktoren der Benachteiligung und der daraus resultierende Mangel, die dann als multifaktorielle negative Folgen zwangsläufig in der Kita auftauchen müssen.

Mit dem Sprachumfeld des Kindes geht naturgemäß auch die Qualität des sprachlichen Inputs einher. Erklärungen, Bestätigungen, Erläuterungen und Wiederholungen dessen, was das Kind (re-)produziert, sind in der Kita notwendig, wenn die Sprachentwicklung adäquat gefördert werden soll. Der in

Bayern angewandte »Sismik«-Beobachtungsbogen zum Sprachstand geht auf diese Erkenntnis leider nicht näher ein. Die Erzieher*innen sollen vielmehr das Sprachverhalten des Kindes in Situationen »einschätzen«. Man stelle sich die Reaktionen vor, wenn Lehrkräfte an Gymnasien nach diesem Verständnis Noten verteilen würden.

Sprache ist Teil der Gesamtsituation des Kindes

Das Fachwissen über Sprachförderung ist abhängig vom Ausbildungsniveau der Fachkräfte in den Kitas und von den dort vorherrschenden Arbeitsbedingungen. Dies gilt insbesondere auch für den Zweitspracherwerb. Wenn ich nicht weiß, warum bestimmte sprachliche Konstruktionen in der Sprachentwicklung eines Kindes »normal« – weil durch die Erstsprache geprägt – sind, kann ich nicht adäquat darauf reagieren.

Zur chronologischen und biografischen Einordnung einer sprachlichen Entwicklung gehört immer auch eine Analyse der Gesamtsituation des Kindes. Es ist wichtig festzustellen, auf welcher Stufe der Sprachentwicklung sich das Kind gerade befindet. Dabei ist auch

wichtig zu sehen, dass sich niemals eine zweite, dritte oder weitere Sprache genau analog zur ersten entwickelt. Dieser »translinguale« Ansatz ist wissenschaftlich gut belegt und untermauert. Damit erübrigt sich auch die Frage, ob in der Kita vorwiegend Deutsch und/oder mitgebrachte Familiensprachen gesprochen werden sollen. Kinder müssen Erfahrungen in allen Sprachen machen dürfen, die ihnen zugänglich sind, müssen diese je nach Entwicklungsniveau anwenden und verwenden dürfen.

Das »Scaffolding« – also die Verwendung vielfältiger Hilfestellungen – sollte immer an den jeweiligen Entwicklungsstand des Kindes angepasst sein und muss vor allem institutionalisiert werden, um erfolgreich zu sein. Erzieher*innen sollten wissen, dass die Interaktionsqualität insbesondere bei Kindern der Dreh- und Angelpunkt ist. Bei der Interaktion müssen demnach Kenntnisse darüber vorhanden sein, wie Sprache »funktioniert«. Zumindest sollten die Kategorien Syntax, Semantik, Morphologie und Phonetik beim Fachpersonal bekannt sein. Auch die Bedarfe in Bezug auf Sprachförderung sollten in die Interaktionsstrategien der Kitas mit einfließen.

So sollten die Unterschiede zwischen

flektierenden (fast alle europäischen) und agglutinierenden (Türkisch/Arabisch) Sprachen bekannt sein, um Probleme beim Spracherwerb für Kinder analysieren zu können. Erzieher*innen müssen wissen, warum Beugungen, Artikel und die V-2-Stellung des Verbs im Deutschen für Kinder mit agglutinierenden Familiensprachen so schwierig sind.

Institutioneller Diskriminierung entgegenwirken

Sprachentwicklung findet nicht im luftleeren Raum statt. Der soziale Kontext, in dem eine Sprache gelernt wird, ist entscheidend für den Lernerfolg. Immer noch werden einige Sprachen sowohl von den Institutionen der frühkindlichen Bildung als auch von der Gesellschaft nicht als gleichwertig angesehen, man spricht hierbei auch von »Linguizismus«. Mehrsprachiges Aufwachsen und die frühen Erfahrungen von Kindern mit dem gesellschaftlichen Status bzw. Prestige ihrer im familiären Alltag verwendeten Sprachen spielen eine wichtige Rolle. Gekoppelt an einen defizitorientierten Blick der Erzieher*innen führt dies zu einer wechselseitigen Bestätigung und Verstärkung.

Bedia Akbas belegt die »institutionelle Diskriminierung« von Kindern mit Migrationsgeschichte in Kitas anhand

eines Interviews mit einer Fachkraft, die aus ihren »Erfahrungen« folgende Schlüsse zieht: Kinder ohne adäquate sprachliche Integration würden persönliche Probleme bekommen. Kindergartengruppen mit zu vielen Kindern mit Migrationshintergrund würden Integration verhindern und Subkulturen bzw. Parallelkulturen befördern. Und: Parallelkulturen seien gesamtgesellschaftlich schädlich, potenziell gefährlich und unbedingt zu vermeiden.¹ Dazu passt auch die Vorstellung, dass das Mischen (Codeswitching) von Sprachen gefährlich und hinderlich für das Erlernen einer Sprache sei.

Dabei ist das Mixing nicht nur Teil des natürlichen Repertoires mehrsprachiger Sprachgemeinschaften, sondern auch Teil jedes erfolgreichen Spracherwerbs. Sprache ist nämlich kein festes Objekt, ebenso wenig wie die Hirnkapazität des Menschen eine genormte Größe ist, die wie ein Container »voll« sein kann. Strukturelle, sprachliche Entwicklungsprozesse finden immer nebeneinander und gleichzeitig statt. Kinder lernen Sprachen simultan und Interferenzen sind notwendig.

Damit einher geht der Mythos der »Überforderung«, der sich bemerkenswerterweise nur dann einstellt, wenn Kinder mit Türkisch, Russisch oder Arabisch, nicht aber mit Englisch oder Französisch aufwachsen.

Konsequenzen für die Ausbildung

In die Ausbildung von Erzieher*innen sollten hinsichtlich Mehrsprachigkeit wissenschaftliche Erkenntnisse und Wissen über Sprache, Sprachentwicklung und Linguistik integriert werden. Auch in den Lehrplänen der bayerischen Fachschulen fehlt bisher metasprachliches Wissen und die Einordnung insbesondere außereuropäischer Sprachen.

Fortbildungen des Fachpersonals im hier dargestellten Sinne, multiprofessionelle Teams und insbesondere umfassende Beratung und zusätzliches Fachpersonal wären sinnvolle Investitionen. Die gegenwärtige Politik zielt hier aber genau in die entgegengesetzte Richtung. Auch von daher ist die gegenwärtige Propagierung von Deutschtests an Kitas ebenso kontraproduktiv wie populistisch und ausgrenzend.

von Ulrich Kneitz

Kita-Beauftragter des Vorstands beim deutsch-französischen Institut Erlangen (dFi)



1 Akbas, Bedia (2017): Von Sprachdefiziten und anderen Mythen. Heidelberg, Springer, S. 228

Bitte noch schnell bis 25. November unterschreiben!

**Brandbrief zum Gewalthilfegesetz »Stoppt Gewalt gegen Frauen – JETZT!
Die Ampel darf ihr Versprechen nicht brechen«**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz, sehr geehrter Herr Bundesfinanzminister Lindner, sehr geehrte Frau Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Paus,

die Zahlen sind alarmierend: **Jeden zweiten Tag wird in unserem Land eine Frau durch die Hand ihres (Ex-)Partners getötet – Tendenz steigend!** Diese Gewalt ist kein fernes Problem, kein Phänomen, das »in anderen Kreisen« auftritt. Diese Gewalt passiert überall – in unserer Nachbarschaft, unserem Freundeskreis, unseren Familien.

Sie haben im Koalitionsvertrag angekündigt, ein Gesetz zu schaffen, das Betroffene besser vor Gewalt schützt. Jetzt drängt die Zeit! Ihre Regierung hat nur noch wenige Wochen, um dieses Versprechen einzulösen. Als Mitglieder der Bundesregierung tragen Sie Verantwortung für das Leben und die Sicherheit von Frauen, Mädchen und queeren Menschen in unserem Land.

Wir sagen es in aller Deutlichkeit: Ohne das Gewalthilfegesetz werden weiterhin Menschen sterben, werden weiterhin Menschenleben zerstört – weil ihnen der Schutz verwehrt bleibt, den sie so dringend brauchen!

Obwohl die Gewaltstatistik Jahr um Jahr ansteigt, **fehlen tausende Plätze in Deutschlands Frauenhäusern, sind Beratungsstellen chronisch überlastet und die Wartezeiten auf einen Platz im Frauenhaus oder einen Termin für eine Beratung für Personen nach einer Vergewaltigung unerträglich lang.** Besonders in ländlichen Regionen ist die Situation verheerend: Betroffene werden häufig völlig alleingelassen mit ihrem Schmerz, weil es einfach keine Hilfsangebote gibt.

Wir bitten nicht, wir fordern. Im Namen all derer, die bisher ungehört blieben, und all derer, die der Gewalt bereits zum Opfer gefallen sind. Die Zeit des Handelns ist jetzt! **Verabschieden Sie das Gewalthilfegesetz – und geben Sie den Menschen in diesem Land den Schutz, der ihnen zusteht.**

Für ein Recht auf ein Leben ohne Gewalt.

Mit Nachdruck und in tiefer Sorge

Dr. Beate von Miquel – Vorsitzende Deutscher Frauenrat
Sylvia Haller – Vorstandsmitglied Deutscher Frauenrat
Elke Ferner – Vorsitzende UN Women Deutschland e. V.

Dieser Brief kann hier bis zum 25. November unterzeichnet werden:

innn.it/stopptgewaltgegenfrauen



Von der Schwierigkeit des Loslassens

Ein persönlicher Erfahrungsbericht über den »FREI DAY«



Foto: GEW

Der FREI DAY ist ein projektartiges Lernformat der Initiative »Schule im Aufbruch«, mit dem wir an meiner Schule – einer Mittelschule in der Region Mittelfranken – seit dem Schuljahr 2023/24 experimentieren. Nach den ersten Durchläufen möchte ich meine Erfahrungen in diesem Beitrag teilen.

Der FREI DAY ist eine Erfindung der Schulreformerin und »Schule im Aufbruch«-Gründerin Margret Rasfeld. Es handelt sich um ein spezielles Lernformat, bei dem Schüler*innen vier Stunden pro Woche an selbst gewählten Themen arbeiten. In der schulischen Umsetzung kann der FREI DAY phasenweise oder kontinuierlich durchgeführt werden. Wichtig ist, dass das Lernformat strukturell verankert und damit Teil des Stundenplans wird.

Grundlage des Konzepts sind die BNE-Ziele (Bildung für nachhaltige Entwicklung), die Teil der von den Vereinten Nationen verabschiedeten Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sind. Mit dieser Agenda »hat sich die Welt-

gemeinschaft 17 Ziele (Sustainable Development Goals, SDGs) für eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Entwicklung gesetzt«. ¹ Beim FREI DAY geht es also nicht um Schulfächer und Stoff, sondern um die Verbindung von Wissen und Handeln für eine bessere Welt.

Den FREI DAY gibt es nicht, sondern eine Vielzahl unterschiedlicher Umsetzungsarten und Organisationsformen an Grund- und weiterführenden Schulen. Dabei taucht die Idee auch unter anderem Namen auf, z. B. als Nachhaltigkeitstag, SDG-Day oder als TuEs-Tag. Gemein ist allen Spielarten, dass der Stundenplan und die Einteilung des Schultages in Fächer strukturell aufgebrochen werden, um Freiräume für die Themen und Projektideen der Lernenden zu schaffen.

An meiner Schule entschieden wir uns nach intensiven Beratungen dazu, den FREI DAY innerhalb begrenzter Projektzeiträume und in den Klassen einzuführen, deren Lehrkräfte mitmachen wollten. Die aufgewendeten Stun-

den wurden von den Klassenleitungen ausgewiesen und kamen überwiegend aus den Fächern Deutsch, GPG (Geschichte, Politik, Geographie), NT (Natur und Technik) und WiB (Wirtschaft und Beruf). Wir führten das Konzept in zwei Phasen ein. Anfangs starteten nur wenige Klassen, später machten bis auf den Abschlussjahrgang alle Klassen mit, teilweise mit klassenübergreifenden Projektgruppen. Es war uns wichtig, allen beteiligten Lehrkräften die notwendigen Spielräume zu lassen.

Die Einführung des FREI DAY setzt gute Abstimmung voraus. Das zeigte sich bereits im Schuljahr 2022/23, als es um die Organisation der Stunden, um mögliche Projekte und um den Ablauf ging. Im Voraus beschäftigte uns besonders, wie wir die BNE-Ziele einführen und unsere Schüler*innen anregen können, eigene Themen mit entsprechenden Forschungsfragen innerhalb dieser Ziele zu formulieren. Es wurde deutlich, dass wir in Konflikt mit unserer bisherigen Rolle als regieführende Lehrkräfte kamen: Der FREI DAY

erfordert Vertrauen in die intrinsische Motivation der Lernenden, Mut zum Loslassen der eigenen und institutionellen Erwartungen (und Zwänge) und einen veränderten Umgang mit der eigenen Rolle.

Ohne in Anspruch nehmen zu wollen, dass uns das alles bereits gelungen ist, konnten wir die erwünschten Effekte an einigen Stellen beobachten. Unsere Schüler*innen suchten sich vielseitige und interessante Themen: den Bau eines kleinen Aquariums, die Erforschung von Rassismuserfahrungen an der Schule, eine Spendenaktion für die Tafel oder die Bearbeitung der Frage, ob Waffen zu mehr Frieden führen und vieles mehr. Die Themen wurden größtenteils selbstständig, aber mit regelmäßiger Unterstützung bearbeitet und letztlich vor den Eltern, Mitschüler*innen und im Rahmen des sommerlichen Schulfestes vorgestellt.

In diesen Punkten hat uns die FREI DAY-Arbeit verändert:

- Wir entdeckten bisher unbekannte Seiten, Rollen, Fähigkeiten und Interessen an den Kindern.
- Besonders freute uns, wenn Schüler*innen FREI DAY-Besuche außerhalb der Unterrichtszeit durchführten (z. B. ein selbstständig organisierter Termin in einer Drogenberatungsstelle, um dort Materialien zu erhalten).
- Die Projekte entfalteten auch außerhalb der Schule Wirkung und wurden so auch öffentlich wahrgenommen (z. B. die »EVERYONE IS WELCOME HERE«-Grafik eines Schülers, die nach Anfrage im Rathaus als professionelles Schild gedruckt und unterhalb der Ortsschilder angebracht werden soll).
- Wir spürten an vielen Stellen, dass die Schüler*innen bei ihren Projekten an eigene Grenzen stießen, diese überwinden und so echte Selbstwirksamkeitserfahrungen machten.
- Wir Lehrkräfte dachten verstärkt über unsere eigene Rolle nach und suchten gemeinsam nach Wegen, wie Lernbegleitung effektiv, aber nicht dirigistisch umgesetzt werden kann.
- Wir vernetzten uns mit anderen Schulen, tauschten uns aus und bildeten uns fort, unter anderem zum

methodischen Rüstzeug für die Projektgruppen (z. B. zur Erstellung von Podcasts). Auf Schulumtsebene etablierte sich zudem ein Arbeitskreis, es finden regelmäßige Vernetzungstreffen statt. Die Zusammenarbeit im eigenen Kollegium wurde gestärkt.

Welche Schwierigkeiten löste der FREI DAY aus?

Der FREI DAY bringt ein Spannungsfeld mit sich: Einerseits verhindert ein zu eng geführter Unterricht über die BNE-Ziele die Entfaltung eigener Projektideen, andererseits kann zu viel Freiheit zu Überforderung, Ineffizienz und Beliebigkeit führen. Zudem fallen die üblichen extrinsisch motivierenden (bzw. bedrohlichen) Faktoren weg: Es werden keine Leistungsnachweise geschrieben, es gibt keine Noten und es geht nicht darum, dass am Ende ein eindrucksvolles Produkt entstanden sein muss.

Für einige Schüler*innen war dies das Signal, in der FREI DAY-Zeit erstmal nichts weiter zu machen, als zu entspannen und sich mit Freunden zu unterhalten. Im Rückblick gingen unsere Kolleg*innen unterschiedlich damit um: Die einen versuchten darauf zu vertrauen, dass durch die Beobachtung anderer sowie durch Feedback und Gespräche Motivation entsteht. Andere leiteten mehr an, unterstützten mit Anregungen und Ideen und versuchten mit Blick auf den bevorstehenden Zieltermin (Elternabend, Schulfest) sanften Druck aufzubauen. Was besser gelingt und zu mehr Erfolg führt, kann ich nicht sagen – letztlich ist das eine Entscheidung, die jede begleitende Lehrkraft für sich treffen muss. Wir empfanden dieses Loslassen als große Herausforderung, weil es Mut erfordert, sich zurückzunehmen und die eigene Verantwortung für die Erfolge der Lernenden, die tief in der Lehrkräftesozialisation verwurzelt ist, beiseitezuschieben. Der FREI DAY wirbelt das Selbstverständnis als Lehrer*in auf und fordert uns heraus, ein nicht von uns vorstrukturiertes und angeleitetes Lernen so anzunehmen, wie es von den Schüler*innen kommt. Die – scheinbar – vertane Zeit auszuhalten und unsere Schüler*innen in diesen Momenten nicht mit Blick auf vermeintlich schwächere Ergebnisse abzuwerten, also die eigene Output-

Fixierung loszulassen, das forderte uns heraus und wird es auch zukünftig tun. Die größte Challenge des FREI DAY lautet aus meiner Sicht, den Mut für dieses Loslassen aufzubringen, es zu reflektieren, gemeinsam damit umzugehen – und dann daran zu wachsen.

Ich bin davon überzeugt, dass der FREI DAY ein Anstifter zu einer umfassenden Schultransformation im Sinne der BNE-Ziele sein kann. Als Lernformat kann er innerhalb der bestehenden systemischen Strukturen und in allen Schularten eingeführt und umgesetzt werden, kann aber über diese hinaus für Strukturaufbrüche wirken, z. B. für fächerverbindendes und jahrgangsbzw. klassenübergreifendes Lernen.

Das sollten Schulen und Lehrkräfte wissen

Wer sich für den FREI DAY interessiert, sollte sich nach Möglichkeit mit einigen Kolleg*innen zusammenschließen und eine Initiative an der eigenen Schule starten. Sofern das Vorhaben von der Schulleitung unterstützt wird und sich ein kleines Team gefunden hat, können erste Überlegungen getroffen und Material gesammelt werden. Anschließend halte ich es für unerlässlich, sich mit Schulen (und der Initiative Schule im Aufbruch) zu vernetzen, die dieses Format bereits eingeführt haben. Der wohl schwierigste Schritt ist es, die vielen Anregungen und Ideen in einen geeigneten Fahrplan für die eigene Schule zu überführen. Ist dieser Schritt geschafft, kann es losgehen – möglichst in dem Bewusstsein, dass Anpassungen und Veränderungen weiterhin möglich und notwendig sind und dass der FREI DAY kontinuierlichen Austausch und ehrliche Reflexion erfordert. Auch wenn anfangs nicht alles glatt läuft: Die Mühe lohnt sich in vielerlei Hinsicht.

von Joscha Falck

Mittelschullehrer
Schulentwicklungsmoderator
Vorsitzender der GEW Roth-Schwabach
Kontakt: joschafalck.de



1 bmz.de/de/agenda-2030

Dieser Artikel ist eine stark gekürzte Version eines Artikels von Joscha Falck auf seinem Blog im Internet (joschafalck.de/erfahrungen-freiday). Dort gibt es auch Materialien sowie weitere Informationen.

Ich habe mir so gewünscht, dass es mein Beruf wird!



Foto: IMAGO / JOKER

Referendar*innen sind einem enormen Stress und Druck ausgesetzt. Hinzu kommt die Situation, dass sie den Spagat zwischen der Rolle als Lehrkraft im Unterricht und der Rolle als »Schüler*in« in den Seminarsitzungen meistern müssen. Kein Wunder also, dass die Zahl der Abbrüche des Referendariats zunimmt. So antwortete die bayerische Bildungsministerin Anna Stolz (FW) auf eine Kleine Anfrage der SPD, dass für die Grundschule während der Phase des Referendariats in den Jahren 2020/22 21 Referendar*innen (1,7 Prozent) wieder kündigten, in den Jahren 2021/23 waren es bereits 43 (3,1 Prozent). In der Mittelschule ist die Lage kaum besser. Hier quitierten 2020/22 sechs Referendar*innen (1,1 Prozent), 2021/23 bereits 26 (4,5 Prozent) den Dienst.¹ Dorothea Weniger, Redaktionsleiterin der DDS, sprach mit einer ehemals angehenden Lehrkraft, die anonym bleiben möchte. Sie gab ihren Traumberuf auf und kehrte dem Referendariat und damit der Schule den Rücken.

DDS: Du hast dein Referendariat abgebrochen. Was ist passiert?

Ehemalige Referendarin: Im Studium hatte ich keinen Zweifel an meiner

Berufswahl: Lehrkraft sein, ist mein Beruf, dachte ich! Meine Praktika fanden zuerst in Präsenz, später dann während Corona zumeist online statt. Dabei hatte ich immer großen Spaß und die gehaltenen Unterrichtsstunden gelangen mir auch recht gut. Das war alles noch kein Problem. Doch im Referendariat wurde die Belastung – insbesondere die psychische – so groß, dass ich von dem Spaß, den mir der Beruf bislang brachte, nichts mehr spürte. Zudem gab es keine Aussicht auf Besserung – ganz im Gegenteil. Das wurde mir immer klarer und damit auch, dass das psychisch nicht, ohne krank zu werden, durchzuhalten ist.

Im Vorgespräch erzähltest du mir, die Umstände im Referendariat waren das Hauptproblem. Welche meinst du genau?

Leider bin ich voll in die Coronazeit geraten. Gleichzeitig herrschte an meiner Schule ein enormer Lehrkräftemangel. So hatte ich kaum Zeit für Hospitationen, da ich fortwährend Vertretungsstunden, auch in fachfremden Fächern und in Klassen, die ich zuvor nie gesehen hatte, halten musste. Meine allererste selbst gehaltene Unterrichtsstunde war eine Vertretungsstunde im

Fach Englisch in einer 5. Klasse, wobei ich das Fach nicht studiert hatte. Im ersten Referendariatsjahr hält man diese Stunden zudem unentgeltlich, da Vertretungsstunden in dieser Phase des Referendariats gar nicht vorgesehen sind.

Auch bei den Schüler*innen merkte ich, wie diese die Coronazeit geprägt hatte. Enorme Rückstände bei den Unterrichtsthemen führten dazu, dass sie sehr viel mehr Betreuung und Zuwendung gebraucht hätten, was aber aufgrund des Lehrkräftemangels nicht möglich war und auch künftig nicht möglich sein wird, wenn sich die Verantwortlichen nichts Substanzielles einfallen lassen.

Für meine Fächerkombination Informatik sowie Natur und Technik gab es keine Ansprechpartner*innen, auch nicht im Seminar. Nur eine Kollegin aus einem früheren Praktikum konnte mir bei fachlichen Fragen weiterhelfen. Somit fehlte es mir an einem Vorbild und auch an Unterrichtsmaterial, welches für die Sekundarstufe in diesen Fächern nur sehr schwer herauszuarbeiten ist.

Warum hast du die Schule nicht gewechselt?

Das geht nur zum Schuljahresende, hätte aber auch nichts gebracht.

Die Wurzel des Problems liegt ja im Lehrkräftemangel. »Meine« Schule hatte also gar keine andere Wahl. Dass der Lehrkräftemangel das eigentliche Problem ist, zeigt auch die Tatsache, dass in unserer Region die Hälfte der Quereinsteiger*innen schon wieder aufgehört hat.

Fühltest du dich in deinem Seminar wenigstens gut aufgehoben?

Generell war die Stimmung im Seminar gut. Die Entfernungen zu den Seminarschulen waren jedoch viel zu weit. Meist habe ich genauso viel Zeit für Hin- und Rückfahrt gebraucht, wie dann das Seminar dauerte. Die Schule meines Seminarrektors war beispielsweise 100 Kilometer von meinem Wohnort entfernt. Ich wurde dorthin geschickt, obwohl ein näheres Seminar möglich gewesen wäre. Auf Nachfrage hieß es, dass es meine Pflicht wäre, in die Nähe meiner Einsatzschule zu ziehen. Dorthin waren es von mir aus jedoch nur 30 Kilometer, weshalb ich einen Umzug für nicht sinnvoll erachtete.

Neben der Stimmung war auch der Zusammenhalt innerhalb des Seminars gut. Allerdings ließ sich nur schwer darauf aufbauen, da es uns aufgrund der

großen Entfernungen untereinander nicht möglich war, uns außerhalb des Seminars zu treffen. Schade war auch, dass es von der Seminarleitung kaum Bestätigung gab. Die erste Anerkennung erhielt ich im Seminar erst, als ich meiner Seminarleitung sagte, dass ich aufhöre.

Die GEW Bayern schlägt vor, anstatt des Referendariats ein Berufseinstiegsjahr bei voller Bezahlung mit dem Schwerpunkt Beratung einzuführen. Während dieses Einstiegsjahrs würden angehende Lehrkräfte dann unterrichten, Fortbildungen besuchen, hospitieren und Beratungs- und Reflexionsangebote wahrnehmen. Was denkst du, hättest du unter diesen Bedingungen dein Referendariat abgeschlossen?

In einem Berufseinstiegsjahr würde die Beratung an erster Stelle stehen und die Bewertung der gehaltenen Unterrichtsstunden in den Hintergrund rücken. Genau das hätte ich gebraucht, da der Druck, gute Leistungen zu erbringen, im Referendariat höher ist als das Ziel, eine strukturierte Arbeitsweise zu erlangen und dadurch guten Unterricht zu absolvieren. Auch wäre

damit gesichert, dass die Hospitationsstunden eingehalten werden. Folglich kann ich mir schon vorstellen, dass unter diesen Voraussetzungen die Chance, mein Referendariat abzuschließen, höher gewesen wären.

Was wirst du denn jetzt tun?

Zuerst muss ich mich sortieren. Es ist nicht leicht, sich von seinem Traumberuf zu verabschieden. Ich muss aber auch Geld verdienen, da ja die Bezahlung während des Referendariats für Rücklagen viel zu niedrig ist. Aber zuerst freue ich mich, mal wieder durchatmen zu können und neue Pläne für meine Zukunft zu machen – ohne Druck.

Vielen Dank für das Gespräch und viel Glück für die Zukunft.

1 Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, SPD, vom 22.01.2024: Studierende für das Lehramt, Abbruchquoten Referendare und Arbeitsverträge für Lehrkräfte. Drucksache 19 / 552. Download: www.bayern.landtag.de. Hinweis daraus: Derzeit liegen bezüglich Abbruchs des Referendariats nur die Zahlen für die Lehrämter an Grundschulen, Mittelschulen und für Sonderpädagogik (ab September 2021/23) vor.

Anm. der Redaktion:

Das ausführliche bayerische GEW-Konzept zur Lehrer*innenbildung findet ihr hier: gew-bayern.de/lehrer-innenbildung

Spendenaufruf:

Verhindern wir gemeinsam, dass Luca S. kriminalisiert, um den Lehrerberuf gebracht und finanziell ruiniert wird!

Luca S. ist von staatlicher Repression betroffen, die seine berufliche Existenz massiv beeinträchtigt. Der 28-Jährige arbeitete bis August 2024 in Frankfurt/Main mit einem Zeitvertrag als Aushilfslehrer an einer Haupt- und Realschule.

Luca war auch im Personalrat seiner Schule. Er ist seit vielen Jahren politisch aktiv, auch in der GEW.

Doch nun wird ihm sein Referendariat verweigert. Begründung: Er sei in ein politisches Strafverfahren verwickelt und von daher als Lehrer nicht geeignet. Auch sein bestehender Arbeitsvertrag wurde nicht verlängert.

Zum Hintergrund:

Am 1. Mai 2021 fand in Frankfurt eine friedliche Demonstration statt, an der sich neben Gewerkschafter*innen und anderen auch Luca beteiligte. Einige Demonstrant*innen wurden dabei schwer verletzt. In dieser Situation verlor Luca seine Gruppe und bemerkte neben sich eine verletzte Person am Boden liegend und am Kopf blutend. Daneben einen Rauchtopf. Diesen hob er auf und warf ihn in gebeugter Haltung zur Seite, um dem Verletzten helfen zu können und Rettungsarbeiten zu erleichtern. Davon gibt es auch ein Video.

Daraus wurde nachträglich der Vorwurf der schweren Körperverletzung und des Landfriedensbruchs konstruiert – beides weder zutreffend noch belegbar. Verletzte Polizist*innen gab es nicht.

Im Nachgang erhielt Luca einen Anruf des hessischen »Verfassungsschutzes«, der ihn unter Druck zu setzen versuchte.

Luca lehnte jeden Kontakt mit dem Geheimdienst ab.

Vom Amtsgericht Frankfurt wurde Luca zuerst zu einer hohen Geldstrafe verurteilt, dann vom Landgericht zu sieben Monaten Haft (!) auf Bewährung. Die Revision dagegen wurde abgewiesen.

Luca gilt nun als vorbestraft und es kann rasch eine fünfstellige Forderung von Gerichts- und Anwaltskosten auf Luca zukommen.

Dazu kommen die Folgekosten des Jobverlusts und der Entlassung. Die GEW steht hinter ihm, unterstützt auch seine Klage auf Einstellung als Lehrer. Dafür bekommt er gewerkschaftlichen Rechtsschutz.

Andere Kosten kann der gewerkschaftliche Rechtsschutz nicht übernehmen.

Dass Luca sein Referendariat nicht antreten darf, kommt einem Berufs- und Ausbildungsverbot gleich.

In dieser Situation braucht Luca unsere politische und materielle Solidarität.

Wir rufen auf zu Spenden unter dem Stichwort: Luca S.

Konto: Meyers – Gingold Initiative
IBAN: DE45 5505 0120 1200 3299 75
BIC: MALADE51MNZ

Dies ist eine gekürzte Fassung des Spendenaufrufs. Die Langversion findet ihr hier:



Besser – zusammen – stärker: Multiprofessionelle Teams an Schulen

In ihrem Beschluss »15 Punkte für einen guten Ganztag« hat die GEW u. a. die Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams zu einem zentralen Qualitätsindikator für die Ganztagsbildung erklärt. Spätestens im Hinblick auf die anstehende Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in der Primarstufe (geplant 2026) werden multiprofessionelle Teams zum zentralen Thema.

Insgesamt hat die Zusammenarbeit unterschiedlicher Professionen im Bildungsbereich in den vergangenen Jahren stetig an Bedeutung gewonnen, sei es im Rahmen der Gestaltung von Übergängen im Bildungssystem, der Inklusion, der Arbeit mit geflüchteten und zugewanderten Kindern und Jugendlichen oder der gestiegenen gesellschaftlichen und erzieherischen Herausforderungen für Schulen.

Zusätzliches Personal als Lückenfüller?

Die wachsenden Bedarfe dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, wie wenig etabliert multiprofessionelle Teams immer noch sind. Ein Grund dafür ist der bundesweit herrschende Lehr- und Fachkräftemangel. Gleichzeitig ist derzeit vielfach von multiprofessioneller Zusammenarbeit als Teil der Lösung des Personalproblems zu hören und auch im »15-Punkte-Programm gegen den Lehrkräftemangel« der GEW zählt sie zu den wegweisenden Maßnahmen. Doch keinesfalls dürfen die zusätzli-



Foto: IMAGO / Funke Foto Services

chen Professionen oder anderes außerschulisches Personal als Lückenfüller in einem chronisch unterbesetzten und unterfinanzierten Schulwesen erhalten, indem sie zum Beispiel für Vertretungsstunden herangezogen werden, wie es leider vielfach geschieht.

An den meisten Schulen ist die multiprofessionelle Zusammenarbeit unter anderem mangels Personals nicht fest verankert: Laut einer forsa-Umfrage von 2023 gibt nur jede dritte Schulleitung an, ausreichende Zeit und Räumlichkeiten für die Zusammenarbeit zur Verfügung zu haben. Vielfach gebe es weder ein klares Vorgehen noch ein gemeinsames pädagogisches Konzept.¹

»Meine Kinder – deine Kinder« oder gemeinsame Verantwortung?

Die multiprofessionelle Zusammenarbeit steht vor der Herausforderung: Interprofessionelle Haltungen, Vorurteile, spezifische Gewohnheiten und

pädagogische Zugänge müssen geklärt und gemeinsam bearbeitet werden, damit eine Kooperation reibungslos und produktiv verlaufen kann. Beispielsweise können die verschiedenen Kolleg*innen ein unterschiedliches Verständnis von Bildungsprozessen oder Methoden haben. Hinzu kommen unterschiedliche Dienstherrn, (Bildungs-)Aufträge, Arbeitszeiten oder auch der unterschiedliche Status der Kolleg*innen.

Oft zeigen sich bisher unausgesprochene tradierte oder schlichtweg falsche Vorstellungen von den jeweils anderen Professionen. Etwa, dass Lehrkräfte die Kinder nicht im Blick hätten und Erzieher*innen nicht fachlich und strukturiert arbeiten würden. Oder, dass die allgemeinbildende Lehrkraft sich um die »Normalität« kümmern soll und der*die Sonderpädagoge*in um die »Behinderung«, das Prinzip der Sonderung also schlichtweg in die Klasse verlegt wird. Derlei Abgrenzungen untereinander können die multiprofessionelle Zusammenarbeit belasten und

gemeinsame Ziele verstellen. Ein gemeinsames professionelles Verständnis der schulischen Arbeit ist dabei ebenso wichtig wie die wertschätzende Anerkennung der Unterschiede.

Multiprofessionelle Teams brauchen daher zugleich ein Orientierungswissen über die unterschiedlichen gesetzlichen Grundlagen, auf denen die Arbeit der verschiedenen Professionen fußt, über den spezifischen Bildungs- und Erziehungsauftrag sowie über die Rollen, Zuständigkeiten und Grenzen der verschiedenen Professionen. Für den Ganztags – wie auch für inklusive Bildungsprozesse – gilt: Die Zusammenarbeit gelingt am besten, wenn alle Beteiligten unter Einbringung der jeweiligen Stärken und der spezifischen Fach- und beruflichen Handlungskompetenz eine gemeinsame Verantwortung für die Schüler*innen und Lerngruppen entwickeln und an einem Strang ziehen.

Der Rahmen muss stimmen!

Dieser Anspruch bricht sich – abgesehen vom Personalmangel – an vielfältig unzureichenden Rahmenbedingungen. Teamarbeit wird von vielen als (zusätzliche) Belastung erlebt. Daher ist es zwar nicht ausreichend, aber wichtig zu betonen, dass sich gelingende multiprofessionelle Zusammenarbeit erweisenmaßen positiv auf das Wohlbefinden, die Berufszufriedenheit und sogar die Gesundheit auswirkt. Ein weiteres Problem stellt die unzureichende Verankerung oder Akzeptanz des zusätzlichen Personals beim Kollegium oder der Schulleitung dar. Die vielfach geforderte »Augenhöhe« muss sich auch strukturell niederschlagen, indem es für alle (sozial)pädagogisch und therapeutisch Tätigen die Möglichkeit gibt, an Informationen, Planungen und Entscheidungen teilzuhaben, bis hin zur Etablierung multiprofessioneller Leitungsteams und institutionenübergreifender Interessenvertretung.

Aus bildungsgewerkschaftlicher Sicht ist insbesondere die hohe Zahl von befristet, geringfügig, prekär bzw. tariflich nicht abgesicherten Beschäftigten ein Problem, vor allem in der Ganztagsbetreuung, aber auch beim unterstützenden Personal im Rahmen der Inklusion. Derlei Beschäftigungsverhältnisse sind auch deshalb abzulehnen, weil multiprofessionelle Teams

personelle Kontinuität brauchen. Entfristung, die Erweiterung des Beschäftigungsumfangs und die Einhaltung des im Sozialgesetzbuch verankerten Fachkräftegebots sind angezeigt. Empirisch zeigt sich zudem: Je höher der Beschäftigungsumfang, die Arbeitsplatzsicherheit und die Qualifikationsprofile, desto häufiger und anspruchsvoller ist die Kooperation der verschiedenen Professionen im Ganztags.

Sowohl die Bildungsverantwortlichen als auch die Kolleg*innen sollten die multiprofessionelle Zusammenarbeit nicht als Extraaufgabe, sondern als Kernaufgabe von Pädagog*innen begreifen, für die es in der alltäglichen Arbeit Strukturen, Ressourcen, Raum und Zeit geben muss. Feste – systemische – Kooperationszeiten bedeuten nicht zuletzt, dass aufseiten der Lehrkräfte die Unterrichtsverpflichtung abgesehen wird und aufseiten des nicht unterrichtenden Personals Teamzeit fester Bestandteil der bezahlten Arbeitszeit sein muss. Auf regionaler Ebene empfiehlt sich zudem dringend ein institutionenübergreifendes Gremium, das die Zusammenarbeit im Sozialraum koordiniert.

Teamarbeit als Kernaufgabe – auch in Aus- und Fortbildung

Multiprofessionelle Zusammenarbeit will gelernt sein. Sie ist daher sowohl bereits in der Ausbildung als auch in der Fortbildung von Sonder- und Regelschullehrkräften sowie von sozialpädagogischen Fachkräften strukturell und konzeptionell zu verankern, vor allem durch gemeinsame Angebote. Dabei sollen die künftigen Pädagog*innen nicht nur über Formen der Zusammenarbeit sprechen, sondern diese ausprobieren, anbahnen und reflek-

tieren können. Damit sich gemeinsame pädagogische Konzepte und eine gemeinsame Berufsethik entwickeln können, werden schließlich Methoden und Instrumente immer bedeutsamer, die eigentlich schon lange in der Schulentwicklung und in der Aus- und Fortbildung ihren festen Ort haben sollten: professionelles Feedback, kollegiale Fallberatung, kooperative Planung, Hospitation und Supervision.

von

Anja Bensinger-Stolze

GEW-Vorstandsmitglied
Leiterin des Vorstandsbereichs Schule
Foto: GEW



und



Martina Schmerr

Referentin im Vorstandsbereich Schule des Hauptvorstands der GEW
Foto: Christoph Boeckheler

1 Deutsche Telekom Stiftung (Hg.): Berufsbilder in der Schule. Eine repräsentative Umfrage unter Schulleitungen. Zusammenfassung Juni 2023. Online: telekom-stiftung.de/presse/berufsbilder-der-schule (aufgerufen am 14.8.2024)

Dieser Artikel erschien zuerst in »Bildung zwischen den Meeren. Zeitschrift der GEW Schleswig-Holstein«. Dezember 2023

Zum Weiterlesen:

GEW-Hauptvorstand: verschieden * gleich * gemeinsam. Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams. Februar 2021. Download: gew.de



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt es unter ajuM.de (Datenbank) oder unter LesePeter.de.

Im November 2024 erhält den LesePeter das Sachbuch

Tim Hopgood: Draußen in der Natur

Ein Sachbilderbuch über die vier Jahreszeiten

Dragonfly • Hamburg 2024 • 126 S. • 20,00 EUR • ab 5 Jahre
ISBN 978-3-7488-0256-3

Wer gestaltet das Morgenkonzert vor unserem Fenster? Wo könnte man am besten einen Unterschlupf für Insekten anlegen? Mit welchem Spruch ruft man einen Regenbogen? Mit großer inhaltlicher Vielfalt und prächtiger farblicher Gestaltung begleitet dieses Sachbilderbuch Kinder durch den Jahreslauf.

Die Schule, ein unsicherer Ort

»Abschiebung ist geil.« Auf diese Formel könnte man den aktuellen flüchtlingspolitischen Diskurs bringen. Der Diskurs ist ebenso dünn wie der Spruch. Allenthalben wird mehr und härtere Abschiebung gefordert, als lägen darin ein Heilsversprechen oder eine Lösung für all die aktuellen gesellschaftlichen Probleme. Die Ausländerbehörden reagieren auf diese Forderung, setzen Abschiebungen ohne Rücksicht auf Vernunft oder Mitgefühl durch. So sehen wir in einer immer länger werdenden Liste Abschiebungen von alleinstehenden Müttern mit behinderten Kindern, psychisch oder körperlich Kranken, Menschen mit unbefristetem Arbeitsvertrag – oder eben auch von Schülerinnen und Schülern.

Die SPD-Landtagsabgeordnete Nicole Bäuml erhielt auf ihre Anfrage vom August 2024 an das bayerische Innenministerium die Antwort, dass von 2021 bis 2023 535 Schüler*innen abgeschoben wurden, im ersten Quartal 2024 weitere 69.¹

Abschiebung ist für Kinder und Jugendliche besonders traumatisierend

Fast immer werden die Schüler*innen in Begleitung ihrer Eltern abgeschoben. Doch auch in Bezug auf diese Fälle ist seit Langem bekannt, dass gerade bei Kindern die Abschiebung große Traumata erzeugen kann.² Kinder kennen die Realität in den Herkunftsländern ihrer Eltern nicht, sie werden aus dem sozialen Gefüge der Klasse oder der Nachbarschaft gerissen. Im Herkunftsland stehen sie dann mittellos da, vermissen Freundinnen und Freunde, Alltag und Schule. Ältere Jugendliche arbeiten meist bereits an einer Perspektive in Deutschland und



Schüler*innen der Realschule Duisburg-Süd sind traurig über die Abschiebung eines ihrer Mitschüler.
Foto: IMAGO / Funke Foto Services

fühlen sich bei Abschiebung abrupt um ihre Zukunft betrogen. So erging es auch einem Schüler aus einer Pflegeschule im Bayerischen Wald vor wenigen Wochen. Er hatte erfolgreich das erste Jahr der Ausbildung zum Pflegehelfer bestanden. In den Sommerferien kam die Polizei. Der junge Mann wurde verhaftet und in Abschiebehaft genommen. Als der Bayerische Flüchtlingsrat von dem Fall erfuhr, war es schon zu spät. Bereits am Morgen war der Mann aus Sierra Leone in ein Flugzeug nach Freetown gesetzt worden. Wäre etwas mehr Zeit gewesen, hätte vielleicht ein Protest gegen die Abschiebung geholfen. Hätte es früher etwas mehr Informationen gegeben, wäre der junge Mann vielleicht noch hier.

Das Schweigen der Schulen

In der Pflegeakademie war an besagtem Freitag, einem Brückentag, niemand zu erreichen. Trotz hinterlassener Nachrichten auf dem Anrufbeantworter erfolgte kein Rückruf. Im vergangenen Januar wurde in einer Schule in Günzburg ein Abschiebeversuch direkt in der Schule unternommen. Die Polizei kam in die Schule, der Schüler wurde von der Sekretärin aus der Klasse gerufen. Bei der Gelegenheit, seine Sachen aus der Klasse zu holen, suchte er das Weite. Die Schule sagt dazu:

nichts. Auch dem Flüchtlingsrat wurde mitgeteilt, er solle doch bitte nicht berichten. Man sei mit dem Innenministerium im Gespräch und wolle die Türen nicht durch einen Presseartikel zuschlagen. Der bayerische Integrationsbeauftragte hatte wohl wissen lassen, dass die »Chancen für eine Duldung nicht schlecht stünden«. Eine Duldung, die der junge Mann vorher schon hatte, ihn aber nicht vor der Ausländerbehörde schützte. Der junge Mann war durch ein solches Angebot nicht mehr zu erreichen. Er flüchtete, ist seitdem verschwunden, untergetaucht. Die Schule hat nun einen Schüler weniger, die Schülermitverantwortung (SMV) machte wohl eine kleine Kundgebung. Deckel drauf.

In Nürnberg führte 2016 die Abschiebung eines jungen Afghanen aus einer Berufsschule noch zu massiven Protesten, Mitschüler*innen und Passant*innen solidarisierten sich und die Polizei hatte große Mühe, die Verhaftung durchzuziehen. In der Folge forderten der Bayerische Flüchtlingsrat, Pädagog*innen und Verbände sowie viele andere, die Schule als geschützten Raum zu bestimmen und Abschiebungen aus Schulgebäuden zu unterlassen. Doch das Innenministerium setzte sich durch: Statt eines Verbots von Abschiebungen aus der Schule wurde eine »Eher nicht«-Klausel gewählt.

Generell sind viele Schulen zö-

gerlich, die Abschiebung eines Schülers oder einer Schülerin öffentlich zu machen. Nicht immer wird mit den Mitschüler*innen gesprochen, wenn ein Kind in der Klasse plötzlich fehlt. Vielfach wird eine Abschiebung totgeschwiegen. Das ist fatal, führt zur Verunsicherung der Schüler*innen und unterstützt genau dieses Wegschauen und Nichts-gewußt-haben-Wollen, von dem wir angesichts der deutschen Geschichte doch eher wegkommen wollten. Oder?

Ausweichbewegungen

Abschiebungen von Schüler*innen ziehen Kreise. Nicht nur, aber besonders in den Berufsintegrationsklassen sehen die anderen Geflüchteten genau, wenn wieder jemand fehlt. Der gestiegene Abschiebedruck führt dazu, dass auch andere Geflüchtete Angst haben, in ihrer Unterkunft zu bleiben und in den Unterricht zu gehen. In den Jahren nach 2016, als Abschiebungen nach Afghanistan wieder aufgenommen wurden, tat sich besonders Bayern darin hervor, rücksichtslos abzuschieben. In den Berufsintegrationsklassen, in denen viele junge Afghan*innen ihre Deutschkenntnisse erwarben, gab es in der Folge immer mehr leere Stühle. Die Schüler*innen wurden bei Weitem nicht alle abgeschoben, aus Furcht vor Abschiebung aber packten viele ihre Sachen und flohen in andere EU-Staaten. Unter der Stadtautobahn von Paris konnte man 2018 mit vielen der dort kampierenden Geflüchteten Deutsch sprechen. Aktuell sind es weniger die Afghan*innen, es sind junge Menschen aus dem Irak, aus Nigeria und einigen anderen Staaten, die untertauchen, obwohl sie direkt vielleicht gar nicht gefährdet sind. Abschiebungen verbreiten ein Klima der Angst davor, selbst betroffen zu sein. Die erneute Flucht ist die Folge.

Zukunft? Nicht bei uns

Die vehementen Forderungen nach mehr Abschiebung lassen jede Differenzierung verstummen. Es wird nicht mehr deutlich, dass Abschiebungen aus guten Gründen nicht immer forciert worden sind. Erwachsene mit Krankheiten oder kranke Kinder, Alleinerziehende, Menschen, die sich im Herkunftsland gefährdet fühlen und

eben immer wieder auch Kinder und Jugendliche, die sich gerade eine Zukunft in Deutschland aufbauen, sollten nicht abgeschoben werden. Auch bei angehenden Fachkräften stellt sich die Frage, ob eine Abschiebung immer die beste Wahl ist. In den vergangenen Wochen wurden zwei Schüler einer Pflegeschule in Passau zur Abschiebung gesucht. Auch sie hatten das erste Schuljahr mit gutem Erfolg absolviert. Die Pflegeschule und die kooperierenden Kranken- und Altenheime investierten in die beiden jungen Menschen, damit diese dazu beitragen, den Fachkräftemangel in der Pflege zu beheben. Nun sehen sich die Einrichtungen getäuscht, die zurückliegende Ausbildung ist für die Katz. Ihre beiden künftigen Fachkräfte sind aus Angst vor Abschiebung abgetaucht und leben gerade auf der Straße. Sie haben sich eine Zukunft in Deutschland vorgestellt, trotz vieler Widrigkeiten, fehlender Sprachkurse, Arbeitsverboten und des Problems, aus abgelegenen Unterkünften irgendwie in die Schule zu kommen, und sie haben das erste Ausbildungsjahr erfolgreich abgeschlossen. Jetzt wurde ihnen jede Aufenthaltsperspektive in Deutschland genommen. Sie müssen sich wieder auf den Weg machen, erneut flüchten.

Im Bayerischen Flüchtlingsrat erleben wir gerade eine deutliche Zunahme von Menschen, die in die Illegalität getrieben werden. Es fehlt nicht viel und wir erleben wieder Zustände wie in den 1990er-Jahren, wo die Verweigerung, Menschen Schutz zu gewähren, nicht dazu führte, dass die Menschen in ihre Länder zurückgingen. Viele tauchten ab, lebten und arbeiteten in der

Illegalität, ohne Sicherheiten, ohne Gesundheitsversorgung, leicht ausbeutbar und extrem vulnerabel. Wenn jetzt weitere Verschärfungen diskutiert werden, wenn gefordert wird, Menschen nichts oder nur ein Bett und ein Dach über dem Kopf zu gönnen, dann ist dies eine Debatte, die das Nachdenken über die Konsequenzen solchen Handelns verweigert. Nicht nur die Fachkräfte not mahnt uns, zu einer sachlichen und faktenbasierten Diskussion über Flüchtlings- und Migrationspolitik zurückzukehren. Dabei sollte die Abschiebung von Schüler*innen grundsätzlich infrage gestellt werden. Die Schule sollte ein sicherer Ort sein, auch in dem Sinne, dass diejenigen, die in Bayern zur Schule gehen, keine Abschiebung zu befürchten haben.

von

Stephan Dünwald

Bayerischer Flüchtlingsrat
(fluechtlingsrat-bayern.de)



- 1 Gefragt wurde nach der Abschiebung von Kindern im schulpflichtigen Alter zwischen sechs und 18 Jahren. Vgl. Schriftliche Anfrage und Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration zu »Abschiebungen schulpflichtiger Kinder und Jugendlicher«: Drucksache 19 / 3188. Download: www.bayern.landtag.de
- 2 Vgl. Verena Knaus et al.: Stilles Leid – Zur psychosozialen Gesundheit abgeschobener und rückgeführter Kinder. UNICEF Kosovo in Zusammenarbeit mit Kosovo Health Foundation, 2012. Download: unicef.de

Anzeige



**Klinik am
Leisberg**
BADEN-BADEN





Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, ein erstklassiges Krisenmanagement, kreative Förderung ihres Potentials, viele erlebnisintensive Erfahrungen und erfreuliche Rahmenbedingungen (moderne Einzelzimmer, Genießerküche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste, psychosomatische Erkrankungen.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221 / 39 39 30

Gunzenbachstr. 8
76530 **Baden-Baden**

www.leisberg-klinik.de

Willkommenskultur: Wie Kanada die Startchancen für Kinder aus geflüchteten Familien steigert



Flaggen der indigenen Stämme, die im Schulbezirk leben, hängen am Eingang jeder Schule.



Der Versammlungsplatz der Hawkwood School in Calgary.
Fotos: Kati Ahl

Vielen Schulen in Deutschland fällt es schwer, geflüchtete Kinder gut zu integrieren. Ob die Integration gelingt, hängt dabei vor allem vom Ankunftsprozess ab. Bei einem Besuch im kanadischen Calgary in einem Aufnahmezentrum für geflüchtete Familien erlebte ich ein Schulsystem, das die Bedürfnisse der ankommenden Kinder und Familien ins Zentrum stellt.

In Calgary heißt das Aufnahmezentrum für geflüchtete Familien und deren Kinder ganz einfach Welcome Center. Ich weiß das deswegen, weil ich im April zum deutsch-kanadischen Lehrkräfteaustausch dort zu Gast war. In diesem Fall steckt hinter dem Namen des Welcome Centers eine besondere Haltung, die man mit »Maslow over Bloom« beschreiben kann. Gemeint ist die Bedürfnispyramide nach Maslow, nach der

die grundlegenden Bedürfnisse nach Sicherheit und Unversehrtheit vor den Bedürfnissen nach Selbstverwirklichung wie Lernen stehen und erfüllt sein müssen. Maslow hat also Vorrang vor der Lernzieltaxonomie nach Bloom, oder anders formuliert: Lernen funktioniert erst dann erfolgreich, wenn Menschen sich sicher, wohl und willkommen fühlen können.

Ziel des Welcome Centers ist es daher, dass nicht nur die Kinder, sondern die ankommenden Familien als Ganzes sich möglichst schnell sicher und angekommen fühlen und die Belastungen der Flucht oder Ausreise und den Verlust der vertrauten und heimatlichen Lebenswelten beginnen zu verarbeiten. Nur dann – so die Einschätzung von Bobbie Schmidt, Leiterin des Welcome Centers – gelingt es Kindern, von geflüchteten jungen Menschen zu erfolgreichen

Lernenden zu werden. Die Familien werden deswegen in mehr als 70 Sprachen unterstützt, freundlich aufgenommen, bei allen Fragen nach Wohnungssuche, alltäglichen Bedürfnissen, Orten zum Einkaufen, Beten usw. beraten.

Die Mitarbeitenden des Welcome Centers arbeiten wöchentlich wechselnd in der Aufnahme und in der Bearbeitung der Anträge im ruhigen Teil des Office. So können sie die teilweise sehr besonderen Aufnahmegespräche besser verarbeiten. Der Sprachstand des ankommenden Kindes wird mit »Proficiency Scale Tests« erfasst, um die beste Lernsituation für das Kind zu finden. Zurückstellungen in niedrigere Klassen, Willkommens- oder Vorbereitungsklassen sind nicht vorgesehen, das Kind besucht etwa zwei Tage später die regulär zuständige Klasse und erhält zusätzliche Förderangebote.

»Was wünschen Sie sich für Ihr Kind?«

Den Grundgedanken erklärt mir meine kanadische Kollegin Aubrey Fletcher (Education Director am Calgary Board of Education) so: »Diese Familien haben alles aufgegeben, ihre Arbeit, ihre Familie, ihren Job, ihr vertrautes Leben, um ihren Kindern ein besseres Leben in Sicherheit zu ermöglichen, deswegen verdienen sie unsere größte Anerkennung und Unterstützung.« Sie hat in ihrer Zeit als Schulleiterin daher darauf geachtet, Familien mit gleicher Herkunftssprache gleich zu Beginn mit anderen Eltern zu vernetzen und viele Gespräche mit den neuen Eltern zu führen. Manchmal ging das auf dem Spielplatz vor dem Schulgebäude mit einem Kaffee besser als im Schulleitungsbüro. Der Türöffner war dabei immer diese Frage: »Was wünschen Sie sich für Ihr Kind?« Dazu können alle Eltern etwas sagen!

Wir können daraus ableiten, die Bedeutung der Familie für das Lernen des Kindes nicht zu unterschätzen. Wenn das Kind sich nach Maslow zuerst sicher und gut aufgehoben fühlen soll, führt der Weg über die Unterstützung der Familie in der Ankommenssituation. So haben diese die Chance, sich schnell einzufinden, das Schulsystem und die Schule als guten Ort kennenzulernen, und der Stresslevel innerhalb der Familie kann langsam sinken. Erst danach, so die kanadische Erfahrung, ist das Kind lernbereit.

Aus »Maslow over Bloom« leitet sich auch ab, dass alle Lernenden in Calgary regelmäßig zum Wohlbefinden (engl. Wellbeing) befragt werden. Statements wie die folgenden verdeutlichen den Zusammenhang, der hier hergestellt wird zwischen Resilienz, Wohlbefinden und Lernerfolg:

- Ich bin bereit, beim Lernen neue Dinge auszuprobieren, auch wenn ich nicht sicher bin, ob ich Erfolg haben werde.
 - Ich bitte um Hilfe, wenn ich sie brauche.
 - Ich kann flexibel sein, um mich auf neue Situationen in der Schule einzustellen.
 - Ich bin zuversichtlich, dass ich Herausforderungen beim Lernen meistern kann.
 - Ich habe Selbstvertrauen in mich als Lernende*n.
- (übersetzt aus »Perception Data, Re-

silience and Mental Health Percentage in CBE Student Survey«, Data Dashboard Calgary)

Wohlbefinden im Vordergrund

»Wellbeing« ist neben »literacy« und »numeracy« eines der Fokusthemen der Provinz Alberta. Die PISA-Ergebnisse spielen kaum eine Rolle in der öffentlichen Diskussion. »Children at Risk« werden durch gezielte Datennutzung frühzeitig erkannt. Ihnen werden Lernangebote innerhalb und außerhalb des Klassenraums gemacht, die gezielt fördern, was das Kind noch nicht kann. Wenn diese Interventionen noch nicht erfolgreich waren, wird das multiprofessionelle Team zum Lernbedarf dieses Kindes tagen und spezielle Maßnahmen verabreden, dazu zählen Ergo-, Logotherapie, der Einbezug von Schulpsychologie und/oder einer Kinderärztin.

Auf meine Nachfragen, ob das Verfahren für neu ankommende Schülerinnen und Schüler nicht sehr aufwendig und spezifisch sei, da ja viele Kinder einer Klasse zusätzliche und sehr unterschiedliche Unterstützung beim Lernen bräuchten, erhalte ich zur Antwort: »A rising tide lifts all boats« – »Eine steigende Flut hebt alle Boote«. Was also für einzelne Schülerinnen und Schüler unternommen wird, die als besonders vulnerabel gelten, hilft allen anderen auch. Das kann die Qualität der jeweiligen Lernangebote betreffen, die Architektur der Angebote im System, aber auch die Haltung der Lehrkräfte, der Schulleitung und des Schulamtes, dass alle Kinder Erfolg haben sollen.

Hier hat dementsprechend nicht jede Schule ein eigenes Leitbild, sondern das Board of Education verpflichtet sich und alle Lehrkräfte zu dem Leitsatz: »Success for every Student.« Dieser Satz hängt in jeder Schule und im Schulamt, und er steht auf allen öffentlichen Webseiten, mehr noch: Er fällt in vielen pädagogischen Gesprächen, die ich erlebe. Man könnte grob vereinfacht zusammenfassen: Während in Deutschland eher aussortiert wird durch Selektion, Zurückstellung, Vorbereitungsklassen und das frühe viergliedrige Schulsystem, wird in Kanada möglichst früh einsortiert durch eine förderliche Ankommenssituation, individuelle datengestützte Lernentscheidungen und den Willen zum Erfolg und zur Teilhabe. Neben

den strukturellen Unterschieden in der Bildungsverwaltung und der gezielten Datennutzung sind es diese Haltungsfragen, die auch an jeder deutschen Schule umgesetzt werden können.

Was wir von Calgary lernen können

Wer sind die bisherigen »Bildungsverliererinnen und -verlierer« an unserer Schule? Wie können wir unsere »Children at risk« mehr in den Fokus nehmen? Wir sollten für bessere Startchancen einen Perspektivwechsel anstreben, die (Ankommens-)Situation mehr aus der Sicht der Kinder aus geflüchteten Familien zu betrachten, und Betroffene zu Beteiligten machen. Wenn wir die Lektionen aus Calgary ernst nehmen, dann sollten wir ...

1. Wartezeiten beim Ankommen verkürzen sowie bürokratische und soziale Hürden abbauen,
2. Vernetzung unter Familien gleicher Sprachen schaffen und Hilfsangebote aufzeigen,
3. das Gespräch zur Familie suchen, ihre Perspektive betrachten und das Kind in den Fokus stellen und
4. den besten Platz zum Lernen aus der Perspektive des Kindes finden – und nicht den, der am besten in die Schul- und Verwaltungsabläufe passt.

von Kati Ahl

Bildungsexpertin, Autorin, Schulentwicklungsberaterin und ehemalige Schulleiterin
Podcast: »Schule, lass mal reden!« (letscastr.fm/sites/schule-lass-mal-reden-8e9b93b9)
Kontakt: katiahl.de und katiahl-bildungsreisen.de



Weiterführende Literatur:

Healing Classrooms – Die Schule als stabilisierendes Umfeld für geflüchtete Kinder und Jugendliche. International Rescue Committee, 2018. Download: healingclassrooms.de

Der Beitrag erschien zuerst am 12. August 2024 auf dem Deutschen Schulportal (deutsches-schulportal.de). Das Deutsche Schulportal der Robert-Bosch-Stiftung ist die größte deutschsprachige Onlineplattform zu den Themen Schulentwicklung und Unterrichtsentwicklung. Getragen vom Erfahrungsschatz zahlreicher mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichneten Schulen bietet es Praxisimpulse und aktuelle Informationen für pädagogische Fachkräfte und alle, die sich für gute Schulen in Deutschland einsetzen.

Was gibt's Neues zur Scheinselbstständigkeit?

»Sind jetzt doch alle scheinselbstständig?«, hatten wir in einem Artikel der DDS Juni 2023 gefragt. So ganz genau wissen wir das immer noch nicht, aber einige Neuigkeiten und Hinweise für betroffene Kolleg*innen gibt es.

Der Grund für die Bewegung in der Sache liegt in einem Urteil des Bundessozialgerichts vom 28. Juni 2022 (B 12 R 3/20 R)¹, inzwischen bekannt als »Herrenberg-Urteil«. Das Gericht hatte die Musikschule der Stadt Herrenberg zu Nachzahlungen der Sozialversicherungsbeiträge für eine Klavierlehrerin verurteilt, weil die Kollegin »in den Betrieb eingegliedert« war. Sie nutzte die Räume der Musikschule und das Klavier der Schule und sie unterrichtete nicht ihre eigenen Schüler*innen, sondern die der Musikschule. Auch wenn das Bundessozialgericht ausdrücklich auf den Einzelfall abgestellt hatte, gilt die Argumentation für nahezu alle Lehrkräfte, die vermeintlich freiberuflich an Musik-, Sprach- oder Volkshochschulen, bei Weiterbildungsträgern oder auch an Universitäten unterrichten. Einige andere Sozial- und Landessozialgerichte haben das Urteil auch so übernommen, z. B. für Lehrkräfte in Integrationskursen und für Trainer*innen in Fitnesscentern. Den immer noch gültigen Stand der Rechtsprechung findet ihr in der DDS Juni 2023, S. 7 und 8 (vgl. gew-bayern.de/aktuelles/detailseite/erwachsenenbildung).

Kursträger in Panik

Inzwischen haben mit reichlich Verspätung auch die Bildungsträger mitbekommen, was das für sie bedeuten

kann. So kann bei Integrationskursen mit 25 Unterrichtseinheiten je Woche die Nachzahlung je Monat bei knapp 2.000 Euro liegen, und zwar rückwirkend für bis zu 60 Monate. Diese Nachzahlung muss der Kursträger leisten, nicht die Lehrkraft. Diese muss sich nur in Ausnahmefällen mit etwa 20 Prozent des Honorars für nur drei Monate beteiligen. Die Deutsche Rentenversicherung (DRV) hat seit dem Urteil bei Prüfungen sehr viel intensiver kontrolliert.

Die Verbände der Bildungsträger, wie z. B. der Volkshochschulverband, versuchen seit einigen Monaten, das abzuwenden. In Verhandlungen mit dem Bundesarbeitsministerium, dem zuständigen Ausschuss des Bundestages und der DRV wollen sie Folgendes erreichen: Die Sozialversicherungsbeiträge sollen weiterhin die vermeintlich selbstständigen Lehrkräfte alleine bezahlen und damit knapp 40 Prozent des Einkommens abführen. Kündigungsschutz, bezahlten Urlaub, Entgeltfortzahlung bei Krankheit, Schwangerschaft oder an Feiertagen soll es weiterhin nicht geben und damit Arbeitsverhältnisse wie im 19. Jahrhundert aufrechterhalten bleiben.

Bisher erreichten die Verbände der Bildungsträger lediglich ein »Moratorium«: Die DRV will bis Mitte Oktober keine Betriebsprüfungen durchführen und danach neue Vertragstexte empfehlen. Ob im Oktober etwas Neues vereinbart

wurde, war bei Redaktionsschluss dieser DDS-Ausgabe noch nicht bekannt. Bisher sieht es auch so aus, dass die Bundesregierung keine gesetzliche Änderung veranlassen möchte. Doch auch dies ist noch nicht sicher. Wie es in der Rechtsprechung weitergeht, wird man erst in den nächsten Monaten erfahren.

Einige Bildungsträger sind vorsichtiger geworden und stellen schon seit einigen Monaten auf Arbeitsverträge um, aber meist zu sehr schlechten Bedingungen: Unterrichtseinheiten (UE) werden gerne mit Arbeitsstunden gleichgesetzt, sodass eine Tätigkeit mit 20 UE wöchentlich (also fünf Stunden werktätlich) dann als Halbtagsstelle gilt und mit um die 1.700 Euro brutto bezahlt wird. Das funktioniert nur, wenn die Lehrkraft auf Unterrichtsvorbereitung verzichtet, also völlig unvorbereitet jeden Tag in den Unterricht geht. Oder wenn sie die Vorbereitung unbezahlt in ihrer Freizeit macht. Demgegenüber haben wir von Gewerkschaftsseite ausgerechnet: Ein Arbeitsvertrag mit 25 oder 26 UE als Vollzeit bei einem Bruttogehalt von 3.250 Euro monatlich (dieses entspricht dem Mindestlohn berufliche Weiterbildung) würde den Kursträgern je Unterrichtseinheit nicht mehr kosten als die momentanen Mindesthonorare für Integrations- und Berufssprachkurse in Höhe von etwa 42 bis 43 Euro und die Lehrkraft hätte netto in etwa dasselbe



Foto: IMAGO / Seeliger

Einkommen – aber inklusive Einkommenssicherung bei Krankheit, Mutterschaft, Arbeitslosigkeit. Die Coronakrise hatte gezeigt, wie wichtig das ist. Und wenn 2025, wie von der Bundesregierung geplant, die Ausgaben für Integrationskurse halbiert werden sollen, werden natürlich auch viele Kolleg*innen arbeitslos werden.

Hohe Beitragserstattung für Lehrkräfte möglich

Aus Sicht der GEW Bayern ist die Beseitigung der Scheinselbstständigkeit zwar ein sehr großes Problem für die Kursträger, aber nicht für die Lehrkräfte – eher im Gegenteil. Sie erhalten nicht nur nachträglich den Schutz der Sozialversicherung wie alle anderen Arbeitnehmer*innen. Sie können auch die Erstattung der Beiträge beantragen, die sie als vermeintlich Selbstständige gezahlt haben. Darunter fallen die Beiträge zur Pflichtversicherung als selbstständige

Lehrkraft in der Rentenversicherung und die Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung als freiwillig versicherte Selbstständige (nicht aber die Beiträge zur privaten Krankenversicherung). Der Erstattungsanspruch kann nicht mit den Beiträgen verrechnet werden, die der Arbeitgeber nachzahlen muss. Und er ist zeitlich begrenzt auf das laufende Jahr und die vier Kalenderjahre vor dem Zeitpunkt des Erstattungsantrags. Wer die Erstattung also noch bis zum 31. Dezember 2024 bei der DRV, der Kranken- und der Pflegekasse beantragt, könnte alle selbst gezahlten Beiträge ab Januar 2020 zurückbekommen. Das können bei einer Lehrkraft für Integrationskurse in Vollzeit sehr hohe fünfstelligen Beträge sein. Wer den Antrag erst im Jahr 2025 stellt, bekommt die Erstattung erst ab Januar 2021, also vielleicht (grob geschätzt) 15.000 Euro weniger. Das muss aber in jedem Einzelfall geprüft werden, sowohl rechtlich als auch rechnerisch. Jeder Fall kann anders gelagert sein.

GEW-Mitglieder in Bayern – und NUR diese – können sich wegen Rechtsschutz und Beratung an uns wenden. Dazu benötigen wir genaue Angaben über alle Honorartätigkeiten und die Beiträge zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung (falls freiwillig abgeschlossen auch zur Arbeitslosen- und Unfallversicherung) seit Januar 2020 und auch alle Angaben über gleichzeitige Arbeitsverträge oder Sozialleistungsbezug. Bitte fragt aber nicht erst kurz vor Weihnachten bei uns an! Jeder einzelne Fall erfordert eine sehr gründliche Prüfung, da schaffen wir keine hundert Fälle in den letzten Tagen des Jahres.

von Erwin Denzler

Gewerkschaftssekretär der
GEW Bayern für Weiterbildung
und Privatschulen
E-Mail: erwin.denzler@gew-
bayern.de
Telefon: 0911 737219



¹ Das Urteil ist unter Angabe des Aktenzeichens B 12 R 3/20 R als Suchbegriff hier zu finden: bsg.bund.de

GEW-Gewerkschaftstag 2025

Die Wahlkommission informiert Vorbereitungen zum 30. Ordentlichen Gewerkschaftstag der GEW

Die Wahlkommission für den 30. Ordentlichen Gewerkschaftstag der GEW vom 20. bis 24. Mai 2025 in Berlin hat sich gemäß den Bestimmungen der Geschäftsordnung am 30. September 2024 konstituiert.

Der Hauptvorstand hatte in seiner Sitzung am 21./22. Juni 2024 eine Wahlkommission für den Gewerkschaftstag eingesetzt und folgende Kolleg*innen als Mitglieder der Wahlkommission benannt: Kathrin Gröning (Rheinland-Pfalz), Thilo Hartmann (Hessen), Franz Hense (Schleswig-Holstein), Thomas Hoffmann (Thüringen) und Katharina Klink (Baden-Württemberg).

Die Wahlkommission wählte auf der Sitzung am 30. September 2024 Franz Hense zur Sprecherin der Wahlkommission und Thomas Hoffmann zum stellvertretenden Sprecher. Die Geschäftsführung der Wahlkommission obliegt der Geschäftsführerin des GEW-Hauptvorstands Stefanie Brich.

Die Wahlkommission beschloss entsprechend den Bestimmungen der Geschäftsordnung den folgenden Terminplan:

Die Bekanntgabe der Ämter, die durch Wahlen auf dem Gewerkschaftstag zu besetzen sind, erfolgt spätestens in der Dezember-Ausgabe 2024 der GEW-Mitgliederzeitschrift »E&W« sowie in den Landeszeitungen der GEW. Bis zum 20. Februar 2025 besteht die Möglichkeit, Wahlvorschläge bei der Geschäftsführung der Wahlkommission einzureichen.

Die Wahlkommission gibt bekannt, dass gemäß geltender Satzung auf dem Gewerkschaftstag 2025 nachstehende Ämter durch Wahlen zu besetzen sind:

1. Geschäftsführender Vorstand

Die Vorsitzende oder der Vorsitzende (gemäß § 20.1.a der GEW-Satzung)

Die Mitglieder der Arbeitsbereiche (gemäß § 20.1.b der GEW-Satzung):

- Finanzen, • Frauen-, Gleichstellungs-, Geschlechterpolitik, • Tarif- und Beamtenpolitik

Vier Mitglieder für die Organisationsbereiche (gemäß § 20.1.c der GEW-Satzung): • Jugendhilfe und Sozialarbeit, • Schule, • Hochschule und Forschung, • Berufliche Bildung und Weiterbildung

Gemäß § 20.4 wird aus der Mitte der Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands nach § 20.1.b und § 20.1.c die stellvertretende Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende in einem gesonderten Wahlgang gewählt. Eine der beiden Vorsitzenden nach § 20.1.a und § 20.4 soll eine Frau sein.

2. Bundesschiedskommission

Drei ständige und drei stellvertretende Mitglieder der Bundesschiedskommission (nach § 9 der GEW-Satzung).

3. Wahlvorschläge

Gemäß Geschäftsordnung und Wahlordnung der GEW sowie den Beschlüssen der Wahlkommission können die GEW-Landesverbände sowie die Bundesausschüsse der GEW bis zum 20. Februar 2025 Wahlvorschläge bei der Sprecherin der Wahlkommission, zu Händen der Geschäftsführerin des GEW-Hauptvorstands Stefanie Brich, per Mail an: wahlkommission@gew.de einreichen. Es wird um digitale Einreichung der Unterlagen gebeten.

Nach Prüfung der Gültigkeit der eingereichten Wahlvorschläge und Einholung der Zustimmung der Kandidat*innen erfolgt die Bekanntgabe der bis zum 20. Februar 2025 vorgeschlagenen Kandidaturen im Vormonat des Gewerkschaftstages, also in der Aprilausgabe 2025 der »E&W«.

4. Alternativen durch mögliche Satzungsänderungen

Aktuell liegen keine Satzungsänderungsanträge vor, die Auswirkungen auf die Wahlämter hätten. Allerdings gilt hier eine Frist der Einreichung bis zum 20. November 2024. Sollten entsprechende satzungsändernde Anträge nach Redaktionsschluss eingehen, kann es sein, dass die aktuelle Wahlausschreibung erweitert wird. Diese Veröffentlichung erfolgt in der »E&W« und auf den Websites der Landesverbände.

Franzi Hense, Sprecherin der Wahlkommission
Thomas Hoffmann, stellvertretender Sprecher der Wahlkommission
Frankfurt a. M., 30.09.2024

GEW und Medien – Pressemitteilungen der GEW Bayern ab September 2024

- Kultusministerium verhindert Modellschule für Alle in München – GEW Bayern zeigt sich enttäuscht! – PM 26 v. 17.9.2024
- GEW Bayern möchte nach einer Woche Schule wissen: Wo drückt der Schuh? – PM 27 v. 18.9.2024
- GEW Bayern lädt zur Teilnahme an Studie zur Belastungssituation der Schulleitungen ein – PM 28 v. 8.10.2024

Alle Pressemitteilungen der GEW Bayern sind hier zu finden: gew-bayern.de

Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte

Mitgliederzuwachs: Gewinnspiel 1+1 = viele

Im vergangenen Jahr haben wir als GEW Bayern das Gewinnspiel »1+1 = viele« gestartet. Wertvolle Preise standen als Gewinne aus. Nun wurden die glücklichen Gewinner*innen gezogen: Über den 1. Preis konnte sich Annika Firnstein aus Röttenbach freuen. Ihr jüngster Sohn Till war mindestens so begeistert wie die Mama, denn er wird ab sofort mit dem neuen E-Bike in die Kita gebracht. Als stellvertretender Landesvorsitzender beglückwünschte ich, Florian, Annika und ihre Familie zum Gewinn und bedankte mich dafür, dass Annika ein neues Mitglied geworden hat.



Hochverdient ging der zweite Preis und damit ein schickes I-Pad an die Kinderpflegerin Angelika Kraus. Auch wenn sie nur mit einem Los am Gewinnspiel teilnahm, warb sie gleich viele Kolleg*innen an ihrer Schule als Mitglieder für die GEW Bayern. Angelika Kraus war auch die Hauptaktivistin bei der Organisation des erfolgreichen Streiks an

der Mathilde-Eller-Schule in München im Rahmen des Tarfkampfes im vergangenen Jahr.

Wir beglückwünschen sie herzlich und freuen uns, dass das Los eine so glückliche Wahl traf. Als Landesvorstandsmitglied übergab ich, Sigg, den Preis der glücklichen Gewinnerin.



In Kooperation mit einer traditionsreichen Buchhandlung in München wurde den fünf Gewinner*innen des dritten Preises ein Büchergutschein zugesandt. Mit dem Ausblick auf neue Lektüre und Vorfreude auf hoffentlich interessante Lesestunden konnten die folgenden Kolleg*innen in die Sommerferien gehen:

- Christina Ackermann aus dem Kreisverband Nürnberg ist Bereichsleitung bei Kindertageseinrichtungen beim BRK.
- Bettina Allisat aus dem Kreisverband Landsberg ist Grundschullehrerin.
- Jasmin Meier aus dem Kreisverband Nürnberg ist Erzieherin in einer Kita.
- Alfred Berger aus dem Stadtverband München ist Rentner.
- Jakob Rippstain aus dem Kreisverband Würzburg ist Erzieher.

von Florian Kohl, Siegfried Grob und Elke Hahn

GEW Regensburg blickt besorgt auf die Lage an den Schulen

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Regensburg sieht die Schulen in einer schwierigen Lage, die zu größter Besorgnis Anlass gibt. Darüber referierte Ende September Kollege Markus Weinberger, Mittelschullehrer im Landkreis Landshut und Mitglied im Hauptpersonalrat beim Bayerischen Kultusministerium. Hauptsorge ist der gravierende Mangel an Lehrkräften, vor allem an den Mittelschulen. Dort gibt es in diesem Schuljahr eine »Deckungslücke« von 820 Lehrkräften; eine Lücke, die sich trotz der Suche nach Aushilfskräften verstetigen wird. Diese Mangelsituation wird sich auch auf die übrigen Schulen ausdehnen. Nächstes Jahr werden z. B. an den Gymnasien 1.300 Lehrkräfte fehlen. Lediglich in den Grundschulen sieht die Lage in Zukunft etwas besser aus.

Weinberger attestiert der »neuen« Kultusministerin Stolz besten Willen; sie sei gesprächsbereit, Sorge für Transparenz und suche glaubwürdige Wege aus dem Schlamassel, die aber bisher nicht zu sehen sind und auch so bald nicht zu finden sein werden. Zusätzliches voll ausgebildetes Personal ist nicht da, die Studierendenzahlen gehen eher zurück. Die Lösung besteht für Weinberger auch nicht darin, die Arbeitskapazitäten des vorhandenen Personals noch weiter zu erhöhen, etwa indem die Möglichkeit, in Teilzeit zu arbeiten, eingeschränkt wird. Das sei kontraproduktiv, weil es bereits in der Vergangenheit viele Lehrkräfte dazu zwang, komplett aus dem Beruf auszusteigen, da die Belastungen zu stark gestiegen waren. Der Lehrberuf sei inzwischen so unattraktiv geworden, dass Studienseminare geschlossen werden mussten und Referendar*innen abspringen. In der Not wird versucht, die Lücken mit Aushilfskräften zu füllen, auch mit solchen, denen jede pädagogische Ausbildung fehlt. Laut der aktuellen »Lehrbedarfs-

prognose 2024« des Kultusministeriums werde sogar angedacht, den Personalbedarf zu verringern, indem die Zahl der Kinder in einer Klasse erhöht und die Stundenzahl verringert wird. Dass dies zulasten der Kinder und Jugendlichen geht, ist offensichtlich. »Wir können nicht mehr »beste Bildung« bieten, weil das Personal fehlt«, bilanzierte Weinberger. Die Spirale drehe sich nur noch weiter nach unten.

Die Frage nach den Ursachen dieser Entwicklung konnte auch in der anschließenden Diskussion nicht vollständig beantwortet werden, ebenso wie die Frage nach der Zukunft der Mittelschule. Doch die Prognosen fielen recht düster aus.

Die sogenannte Digitalisierung der Schule wurde von den Teilnehmer*innen als grandioser Irrweg angesehen, der den Lehrkräften nicht nur groteske Organisationsaufgaben aufbürde, sondern – noch schlimmer – die pädagogische Arbeit untergrabe. Dänemark, der Vorreiter in dieser Sache, rudere derzeit wieder zurück, die Tablets werden aussortiert. Die anwesenden Pädagog*innen konnten sich darauf einigen, dass die Schule selbst sich ändern muss, um für junge Leute attraktiv zu werden. Lernen muss Freude machen, um erfolgreich zu sein. Die Lernziele müssten viel weiter gefasst werden, die Disziplinierung durch Notendruck müsse verschwinden, Schüler*innen ebenso wie Lehrer*innen müssten in ihrer Individualität respektiert und gefördert werden. Die Schule als Ort der Selbstfindung und Entfaltung junger Menschen, ein Schutzraum und ein Raum der großen Möglichkeiten – nur eine Utopie? Eine freilich nur langfristige Lösung könne sein, Schule neu zu denken.

von Wolfgang Friedl

Kultusministerin Stolz und ihre dialogische Bildungspolitik – auch mit der GEW?

Als Nachfolgerin von Michael Piazolo (FW) trat Kultusministerin Anna Stolz (FW) an, um vieles anders zu machen. Sie betonte den Dialog mit der »Schulfamilie« und wollte die großen Probleme, allen voran den Lehrkräftemangel, aber auch die Belastungen der Lehrkräfte gemeinsam angehen. Auch mit der GEW?

Hatte Piazolo die GEW bis zuletzt konsequent außen vor gelassen und beispielsweise nicht in der Expert*innenkommission »Lehr- amtsausbildung« berücksichtigt, traten wir mit unserem »10-Punkte- Programm zur Entlastung der Lehrkräfte« Ende 2023 offensiv auf und hatten Erfolg. Bildungsministerin Stolz lud uns ein und in einem konstruktiven und offenen Gespräch konnten die GEW-Landesvorsitzende Martina Borgendale und ich viele Punkte andiskutieren und insbesondere unseren Wunsch, aktiv in die bayerische Bildungspolitik einbezogen zu werden, zur Geltung bringen. Seitdem sind wir relativ gut eingebunden und fühlen uns wahrgenommen. Wir werden zu Treffen (Vorstellung des Konzepts »Verfassungsviertelstunde«, Vorab- Präsentation der »Bayerischen Lehrbedarfsprognose 2024«) und zu verschiedenen Arbeitsgruppen (z. B. zur Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung der Beschäftigtengruppe der Fachlehrkräfte im September, zu Arbeitsgruppen Lehrkräftemangel im Herbst) eingeladen. Unsere Positionen konnten wir auch bei den »Zukunftswerkstätten Bildung« in allen Regierungsbezirken einbringen. Mit unseren im Austausch mit den schulischen Fachgruppen erarbeiteten Vorschlägen für die »Initiative zur Entlastung der Lehrkräfte« fanden wir im Kultusministerium direkt Gehör. Einige unserer Vorschläge will man dort aufgreifen.

Der GEW-Arbeitsbereich Frauen-, Gleichstellungs-, Geschlechterpolitik lädt zu einer Onlineveranstaltung ein

Antifeministische Angriffe auf Bildung in neoliberalen Zeiten

Diskriminierung aufgrund der geschlechtlichen Identität und der sexuellen Orientierung ist alltäglich, auch im Bildungssektor. Die GEW setzt sich für geschlechtliche Vielfalt ein und ist bestrebt, geschlechtliche Vielfalt in Bildungscurricula zu verankern, Diskriminierung vorzubeugen und queere Kolleg*innen zu stärken.

Am 10. Dezember ist Internationaler Tag der Menschenrechte. Anlass genug, uns mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auseinanderzusetzen und antifeministische Angriffe auf Bildung unter die Lupe zu nehmen. In der Arbeit »Bildung in Zeiten von Antifeminismus« untersucht Juno F. Grenz, wissenschaftliche Mitarbeiterin und Autorin, die Debatte um den »Bildungsplan 2015« (Baden-Württemberg), die den Beginn der sogenannten »Anti-Gender«-Mobilisierung in Deutschland markiert. Die bildungs- und queertheoretische Analyse der Debatte zeigt u. a., dass queere Lebensweisen in den Angriffen auf die baden-württembergische Bildungsplanreform sexualisiert, pathologisiert und kriminalisiert wurden. Entgegen der öffentlichen Darstellung zeigt die Analyse aber auch, dass im Bildungsplan selbst keineswegs Gleichstellung hergestellt wird, sondern Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität als Norm und queere Lebensweisen als Abweichung verstanden werden: In einem neoliberalen Verständnis von Bildung wird »Umgang mit (sexueller) Vielfalt« als individuell zu erwerbende Kompetenz gerahmt. Die »Normalen« sollen lernen, mit den »Anderen«, den sexuell Vielfältigen umzugehen, da diese Fähigkeit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt steigern.

Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse kommt Juno F. Grenz zu dem Schluss, dass queere, machtkritische Bildung in neoliberal-kompetenzorientierten und antifeministisch-autoritären Zeiten keineswegs eine wertvolle Ergänzung für einige wenige Betroffene, sondern eine demokratische Notwendigkeit darstellt.

Gesprächspartnerin:
Juno F. Grenz

wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Erziehungswissenschaften im Arbeitsbereich Geschlechterforschung, Europa-Universität Flensburg

3.12.2024, 17.30-19.00 Uhr

Anmeldung:

gew.de/anmeldung-antifeministische-angriffe-auf-bildung-in-neoliberalen-zeiten

Anmeldeschluss: 2.12.2024

In ihrer Auftakt-Pressemittteilung zum neuen Schuljahr betonte Kultusministerin Stolz, dass sie weiterhin mit den Beteiligten bei Fragen zur Bildung zusammenarbeiten möchte. So sei ihr beispielsweise das Thema Gesundheitsschutz für Lehrkräfte (u. a. Resilienz, Stressbewältigung und Zeitmanagement) ein wichtiges Anliegen in diesem Schuljahr.

Für uns gilt es nun, dranzubleiben und die Anerkennung unserer Expertise weiter einzufordern. Wir müssen aber auch darauf achten, dass die Ergebnisse der vielen dialogischen Prozesse nicht nur politische Augenwischerei sind, sondern in konkrete Maßnahmen überführt werden, damit die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte in diesen schwierigen Zeiten nicht noch unerträglicher werden.

von Florian Kohl

stellvertretender Landesvorsitzender

Die GEW Nürnberg lädt zu Vortrag und Diskussion ein

Der vergessene Exodus im Nahen Osten

Die Vertreibung der Jüdinnen und Juden aus den arabischen Ländern und der islamische Antisemitismus

Es wäre zu erwarten, dass bei Diskussionen über den Konflikt Israels mit seinen arabischen Nachbarn stets auch von der Flucht, Vertreibung und Emigration nahezu aller Jüdinnen und Juden aus der arabischen Welt die Rede ist. Jedoch ist diese Geschichte kaum bekannt. Der Vortrag erinnert an die etwa 900.000 Jüdinnen und Juden aus den arabischen Staaten und dem Iran, die nach 1948 ihre Länder verließen, und zeigt, dass die Radikalisierung der arabisch-islamischen Judenfeindschaft vor der israelischen Staatsgründung einsetzte.

Weitere Themen: Die Situation der Jüdinnen und Juden in den arabischen Gesellschaften im Vergleich zur europäischen Situation, die Bedeutung der arabisch-jüdischen Flüchtlinge für Israel sowie die Frage, warum jüdische Flüchtlinge und Emigrant*innen aus den arabischen Ländern in aktuellen Debatten kaum beachtet werden. Ein Ausblick auf die Annäherung einiger arabischer Staaten an Israel im Rahmen der Abraham Accords Declaration soll am Ende stehen.

Referent:

Prof. Stephan Grigat

Prof. für Theorien und Kritik des Antisemitismus am Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS) der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen in Aachen, Research Fellow an der Universität Haifa und am London Center for the Study of Contemporary Antisemitism, Autor zum Thema

Freitag, 29. November 2024, 18.30 Uhr

DGB-Haus Nürnberg, 7. Stock, Kornmarkt 5-7

Voranmeldung erwünscht: anmeldungen@gew-nuernberg.de

Veranstaltungstermine des DGB-Bildungswerkes

Samstag, 7.12.2024, 10.30 - 17.00 Uhr:

Weltordnung – Aktuelle Tendenzen aus gewerkschaftlicher Sicht. Tagesseminar in Nürnberg.

Referent: **Wolfgang Veighuber**

Mitarbeiter in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit

Weitere Infos: bildungswerk-bayern.de/politische-bildung

Anmeldung: politische.bildung@bildungswerk-bayern.de

Montag, 9.12.2024, 20.00 - 21.30 Uhr:

Arbeit und Ökologie im 21. Jahrhundert – Perspektiven für eine verbindende Gewerkschaftspolitik. Online-Vortrag.

Referentin: **Dr. Stefanie Hürtgen**

Politikwissenschaftlerin an der Universität Salzburg

Weitere Infos und Anmeldung:

bildungswerk-bayern.de/muenchenprogramm/seminare/c203-24-2

Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Dorothea.Weniger@gew-bayern.de

Diese Liste der GEW-Kontakte füllt sich. Weil der Platz hier begrenzt ist, haben wir den Hinweis, dass Termine nach Vereinbarung stattfinden und deshalb abgefragt werden müssen, durch ein Sternchen (*) ersetzt.

Altötting Treffen nach Vereinbarung. *

Kontakt: Karin Ebensperger, karinebensperger@gmx.de

Ansbach Pädagogischer Stammtisch in regelmäßigen Abständen, Termine dazu und weitere Informationen: www.gew-ansbach.de
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 09802 953142, gew.kvansbach@gmail.com

Aschaffenburg/Miltenberg *

Kontakt: Manuel Hoffmann, manuel.hoffmann@gew.bayern

Augsburg * Kontakt für Lehrkräfte: Katrin Fischer, vertretung@gew-augsburg.de, mobil: 0176 45506534
HSG-Treffen mittwochs, 18.00 Uhr, GEW-Büro, Schaezlerstraße 13 ½, Augsburg

Bad Tölz/Wolfratshausen

Stammtisch 2. Mittwoch im Monat (Geretsried od. Bad Tölz) 20.00 Uhr
Kontakt: Gisa Pfner-Reichelt, ☎ 08171 909344 oder 0152 07507711

Bamberg Treffen jeden dritten Donnerstag im Monat im »Café Luitpold«, 19.00 Uhr
Kontakt: ☎ 0177 8502731, hendrik.torner@gew.bayern
aktuelle Infos auf Facebook oder Instagram unter gew_bamberg

Bayern Beratung für (zukünftige) Auslandslehrkräfte,
Georg Michael Schopp, gm.schopp@ag-al.de
Oliver Manger, oliver.manger@ag-al.de

Bayreuth/Kulmbach Treffen jeden 3. Donnerstag im Monat (außer Ferien), 19.00 Uhr, Gaststätte »Plektrum«, Bayreuth, Moritzhöfen 29
Kontakt: kv.bayreuth-kulmbach@gew.bayern

Coburg Nächstes Treffen wird per Mail angekündigt
Kontakt: Jürgen Behling, kv-cokclif@gew.bayern

Erding Stammtisch jeden dritten Donnerstag des Monats (außer Ferien) 19.30 Uhr beim Wirt in Riedersheim
Kontakt: Heidi Oberhofer-Franz, heidi.oberhofer-franz@gew.bayern

Erlangen jeden Montag Sprechstunden von 17.00-18.00 Uhr (nur telefonisch), Arbeitslosenberatung: jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, 18.00 - 19.00 Uhr (nur telefonisch), Friedrichstr. 7,
Kontakt: ☎ 09131 2065462, info@gew-erlangen.de, www.gew-erlangen.de

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr
Vogelgässler, Vogelstr. 16
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 09191 702432, andihartmann@web.de

Freising * Kontakt: Tina Buchberger, ☎ 0160 95908582

Fürstenfeldbruck/Dachau *

Kontakt: Özge Tuna-Kerestecioğlu, t-gew@web.de

Hof-Wunsiedel Treffen jeden 2. Donnerstag im Monat, abwechselnd in Hof bzw. Selb, Café International, Am Orbankai 4, Landshut
Kontakt: Karlheinz Edelmann, ☎ 09281 93921, edekarl@yahoo.de

Ingolstadt/Eichstätt/Neuburg/Donau

Kontakt: Andrea.Oberhofer@gew.bayern

Kempten/Oberallgäu

Kontakt: schwaben@gew.bayern

Landshut/Westliches Niederbayern * Offenes Treffen jeden 2. Donnerstag im Monat, 18.30-20.00 Uhr, Café International, Am Orbankai 4, Landshut
Kontakt: Markus Weinberger, landshut-westliches-niederbayern@gew.bayern

Lindau * Kontakt: Gerold Maier, ☎ 08381 5183• gew-gerold@web.de

Main-Spessart * Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos, ☎ 09352 5768 oder Wolfgang Tröster, ☎ 09353 8181

Memmingen/Unterallgäu * Kontakt: Ute Haid, ☎ 0171 4244756, gew-unterallgaeu@gmx.de

Mittelfranken Sprechstunde nach Vereinbarung,

Luisenstr. 2, 90762 Fürth
Kontakt: ☎ 0911 25327631, mittelfranken@gew.bayern

München Fachgruppe Berufliche Schulen *

Kontakt: Joe Lammers, ☎ 089 3088243

München Fachgruppe Grund- und Mittelschulen

Termine: gew-muenchen.de
Kontakt: Sven Plötz, sven.ploetz@web.de

München Fachgruppe Gymnasien *

Kontakt: Michael Hatala, michael.hatala@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Hochschule und Forschung

Termin: Vgl. gew-muenchen.de/fachgruppen/hochschulforschung/huf/
Kontakt: huf@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Realschulen * Kontakt: Susanne Brauneck, susanne.brauneck@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Termine: www.gew-muenchen.de/fachgruppen/schule/foerderschulen
Kontakt: Siegfried Grob, siegfried.grob@gew.bayern

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe

Treffen nachfragen * sozpaed@gew-muenchen.de
Programm: www.gew-muenchen.de

München Lehramtskampagne an der Universität und GEW-Studierende, Kontakt: la-m@gew-bayern.de

München AK Personalräte und Vertrauensleute

monatliche Treffen: Mittwoch 17.00 Uhr, *
Kontakt: Mathias Sachs, SachsMathias@aol.com

München GEW-Seniorinnen und Senioren

Jour-fixe-Termine nachfragen *
Kontakt: Irene Breuninger, ☎ 089 7853746

Neumarkt/Oberpfalz

Treffen nachfragen* Kontakt: sigrid-schindler@web.de

Neu-Ulm/Günzburg

Treffen: monatlich,* Gasthaus Lepple, Vöhringen
Kontakt: Claudia Heißwolf, ☎ 08337 9680
hei.bei@t-online.de

Nordoberpfalz Jeden 4. Monat, 19.30 Uhr, an wechselnden Orten *

Kontakt: Joachim Lehmann, nordoberpfalz@gew.bayern

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen *

Kontakt: Steffi Ungethüm, Steffi.Ungethuem@stadt.nuernberg.de

Nürnberg Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe

Monatliche Treffen.
Kontakt: Mario Schwandt, sozpaedberufe@gew-nuernberg.de

Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken

Treffen nachfragen*
Kontakt: K. Hübner: khoebner@posteo.de und
F. Kohl: florian.kohl@gew.bayern

Nürnberg/Fürth offener Stammtisch für alle Fachgruppen *

Kontakt: Stefan Merten, Petra Wachter, mittelfranken@gew.bayern

Nürnberg Büro für Lebenserfahrung

Aktivitäten und Infos: gew-nuernberg.de
Kontakt: Helmut Steiner, ☎ 0911 7871549, ts.leh@gmx.de

Nürnberger Land * Kontakt: Gerd Schnellinger, ☎ 0179 4259064, gerd.schnellinger@gew.bayern

Passau/Östliches Niederbayern Treffen alle zwei Monate

Kontakt: Lea Dahms, kv-passau@gew.bayern

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat

19.00 Uhr, Griechisches Restaurant Sokrates in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 08441 71192, Lang-Reck@t-online.de

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr,

im »Stefanos«, Ostengasse 16 (»Brandlbräu«),
Bürozeit: jeden Donnerstag außerhalb der Ferien von 18.00-19.00 Uhr
im Büro in der Obermünsterstr. 4, Kontakt: Peter Poth, ☎ 0941 566021

Roth/Schwabach/Hilpoltstein *

Kontakt: Joscha Falck, gew.rh-sc@gmx.de

Schwandorf *

Kontakt: Matthias Haberl, kv-schwandorf@gew.bayern

Schweinfurt jeden 2. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr

Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 09721 186936

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr

Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 09661 7755, manfred.schwinger@asamnet.de

Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen *

Kontakt: Bärbl Schweiger-Gruber, wm-sog-gap@gew.bayern

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr Casino

Kontakt: Harald Morawietz, post@gew-wug.de, gew-wug.de

Würzburg monatliche Treffen, *

19.00 Uhr, Gaststätte »Am Stift Haug«, Textorstr. 24, 97070 Würzburg
Kontakt: Jörg Nellen, ☎ 0931 29194129, presse@gew-unterfranken.de